

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2.— Goldmark voraus zahlbar. Unter Fremdband für Deutschland, Dänzig, Ost- und Westpreußen, Österreich, Litauen, Kurland 4.25 Goldmark, für das übrige Ausland 5.25 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Erdung und Arbeiterleben“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Gemüth“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 9. Mai 1924

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postfachkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Distanco-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareilzeile 0.70 Goldmark, Reklamzeile 1.— Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 0.20 Goldmark (ausführlich zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0.10 Goldmark. Stellengelände das erste Wort 0.10 Goldmark, jedes weitere Wort 0.05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten je Zeile 0.20 Goldmark. Eine Goldmarke — ein Dollar gestellt durch 4.25.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Dönhofs-Krohe 3, abgegeben werden. Öffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Die Aussperrung vollständig.

Aussicht auf Verhandlungen?

Die Lage im Bergbau hat sich verschärft. Die Aussperrung ist vollständig. Auch im linksrheinischen Bergbau ruht die Arbeit. Alle Meldungen, die von der Abreise des Arbeitsministers nach dem Industriegebiet und dem Eintreffen einer Deputation der Ausgesperrten in Berlin zu berichten wissen, sind mindestens verfrüht. Jedoch werden am Freitag die Vertreter der Arbeiter und der Unternehmer am Verhandlungstisch zusammenzutreffen, um über Tariffragen zu verhandeln. Die Verhandlung war vor Ausbruch des Kampfes vorgesehen. Sie gibt jetzt eine Verhandlungsmöglichkeit.

Die Presse des Unternehmertums fährt fort, die öffentliche Meinung über Ursache und Wesen des Kampfes irreführend zu lenken. Sie spricht von Generalkrieg statt von Generalausperrung. Das Unternehmertum hofft, die Aussperrung zu einer schweren Niederlage der Arbeiter zu machen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ läßt sich melden:

„Immerhin glaubt man in führenden Unternehmertreibern nicht an eine lange Dauer des Generalkriegs, da die Arbeiterschaft kein Geld in den Händen hat und auch keine Organisationskasse in der Lage ist, den Streik zu finanzieren zu können.“

Diese Meldung zeigt, worum es sich handelt: die ausgehungerte Arbeiterschaft soll vollends niedergedrückt werden! Die Schuld des Zehentkapitals an der Provokation des Kampfes läßt sich nicht verbergen. Die „Schwerindustrie“ „Kölnische Zeitung“ schreibt zu der Aussperrung der Bergarbeiter:

„Es wäre wohl richtiger gewesen, wenn der Zehentverband, schon um den Bergarbeiternverbänden jede Waffe aus der Hand zu nehmen, noch einen Tag gewartet hätte.“

Der „Kölnischen Zeitung“ ist Voreingenommenheit gegen die Bergwerksbesitzer nicht nachzusagen. Es steht also unzweifelhaft fest, daß die Grubenbesitzer den gegenwärtigen Zeitpunkt für geeignet halten, um einen Nachtkampf zu entscheiden.

Separatistische Gefahren.

Die Folge der Unternehmerprovokation.

Das scharfmacherische Vorgehen der Unternehmer hat im Ruhrgebiet die Separatisten wieder auf den Plan gerufen. Sie hoffen die berechtigten und verständlichen Erbitterung der Arbeiterschaft über die Behandlung, der sie von den Unternehmern ausgeht, für ihre Zwecke auszunutzen zu können. Uns wird aus dem Ruhrgebiet ein Dokument zur Verfügung gestellt, das zeigt, in welche Gefahren nicht nur unsere Wirtschaft, sondern auch unsere politische Entwicklung durch das Unternehmertum gestürzt wird. In diesem als „Richtlinien für den Ruhrkampf“ bezeichneten Schriftstück heißt es:

1. Der Ruhrkrieg und der erste Achtstunden-Arbeitszeitkampf ist verlorengegangen durch die Uneinigkeit der Arbeiterschaft. Die jetzige Generalausperrung ist die beste und letzte Generalausperrung, ist die beste und letzte Gelegenheit, der Reaktion die Macht zu entreißen.

Die Gesamtarbeiterschaft hat ihre Arbeitswilligkeit auf Grund des alten Achtstundentages zu erklären. Bei Anpassung der Löhne an die englischen Arbeiterlöhne. Den Zehentbesitzern ist ein Ultimatum von zwei bis drei Tagen zu stellen. Nach Ablauf des Ultimatum müssen aus innen- und außenpolitischen Gründen die Betriebe von der Arbeiter- und Angestellten-Schaft übernommen werden. Begründung: Wiedergutmachung zugunsten der geschädigten Böller durch die Industrie bzw. durch deren Produkte, nicht nur durch die Arbeiter mittels Lohnkürzung und Arbeitszeitverlängerung. Die Befehlsmächte üben strikte Neutralität.

2. Nach Übernahme der Betriebe sofortige Fühlungnahme mit der französischen, belgischen und englischen Regierung bzw. deren Vertreter in Düsseldorf und Koblenz bei gleichzeitiger Anrufung der Arbeiterparteien in den genannten Ländern zwecks allgemeiner Verständigung, Finanzierung durch die Befehlsmächte bzw. Alliierten. Finanzgarantie genügt, Sicherheit durch alliierte Leitung bzw. Kontrolle.

3. Vorschlag einer sofortigen Bildung des unabhängigen Ruhr- und Wirtschaftsstaates unter Kontrolle einer Betriebsvertretung, als Leitung ein Wohlfahrtsdirektorium. Besteres auch besonders für die Verhandlung mit den Alliiertenvertretern.

Die „Parolen“ sind klar. Sie passen sich in geschickter Form den Gedanken an, die im Ruhrgebiet von Unionisten und Kommunisten in manchen Variationen oft vertreten sind. Der Separatismus muß aus dem Vorgehen der Unternehmer Nahrung ziehen. Um so mehr wäre es Pflicht der Regierung alles zu tun, um auf die Ruhrunternehmer mäßigend einzuwirken und dafür zu sorgen, daß durch rechtzeitiges Entgegenkommen an die Forderungen der Bergarbeiterschaft

sich hier nicht ein Brandherd entzündet, der die schwachen Ansätze zu wirtschaftlicher und politischer Befundung wieder vernichtet. Dem Bürgertum sollten auch diese Dinge wieder klar machen, daß in Deutschland ein Kurs gegen die Arbeiterschaft nur zum allgemeinen Zerfall führen kann.

„Die faulen Bergarbeiter“.

Ein Teil der bürgerlichen Presse bringt im Zusammenhang mit dem Ruhrstreik Mitteilungen über die Ergebnisse der Kohlenförderung der letzten Zeit, die offenbar von unkundiger oder böswilliger Seite stammen. Sind sie doch geeignet, die bisherige Förderleistung des einzelnen Bergarbeiters geringer erscheinen zu lassen, als sie tatsächlich war, so daß der Unbeteiligte leicht zu dem Schlusse verleitet wird, die Bergarbeiter ließen sich entweder zu ihrem Vergnügen oder aus Faulheit aussperrten. Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet hat nämlich den Vorkriegsstand nahezu, mindestens zu neun Zehnteln, erreicht. Um diese Tatsache in ihrer Tragweite für die Beurteilung des Streiks abzuschwächen, verweist man darauf, daß die Belegschaft gegen den Vorkriegsstand von 390 000 auf 458 000 Arbeiter gestiegen sei. Verschwiegen wird, daß in diesen Belegschaftszahlen nicht nur die Arbeiter des reinen Kohlenbergbaues, sondern auch die der Kokerien enthalten sind. Nun hat diese Art der Kohlenverarbeitung, deren Produkte außer Koks Ausgangsprodukte hauptsächlich der chemischen Industrie sind, in und nach dem Kriege gewaltig zugenommen, ihre Arbeiterzahl ist also wesentlich gestiegen, ohne daß die Kohlenförderung selbst den geringsten Vorteil davon hatte. Rechnet man nun die Arbeiter dieses stark angewachsenen Betriebszweiges der Förderung zu, so entsteht eine grobe Irreführung, deren Sinn nur allzu durchsichtig ist. Aber dem Zweck, der Schmäherung der streikenden Arbeiter, sucht man alle Mittel dienstbar zu machen. Die Absicht, die die Bergherren dabei verfolgen, ist nur zu deutlich. Bringt doch sogar der „Berliner Börsencourier“ eine Zuschrift aus Leiertreien, die nach einem Seitenhieb auf die Arbeiter gegen die Absicht der Unternehmer protestiert, Kohlenpreiserhöhungen hintanzuhalten. Es heißt da:

„Die Deffinitivität muß es ablehnen, wenn die Kohlenindustriellen aus der Not eine Tugend und aus dem Schaden einen Nutzen machen, d. h. wenn sie der deutschen Wirtschaft nicht nur den aus dem Streik direkt erwachsenden Schaden, sondern darüber hinaus einen imaginären Schaden aufbürden wollen und versuchen, schon jetzt in der Deffinitivität den Schein des Rechts für weiteres Festhalten am hohen Stand der Kohlenpreise in Anspruch zu nehmen.“

Die hier erkannte Absicht des Kohlenbergbaues ist denn auch tatsächlich eine der wesentlichsten Triebfedern der Aussperrung gewesen, die von den Unternehmern provoziert wurde.

Vermittlungsvorschlag.

Reddinghausen, 8. Mai. (TL.) Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, hat der Oberpräsident von Westfalen, Gronowitski, die Reichs- und Staatsregierung gebeten, die Vermittlung in den schwebenden Streitfragen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Bergbau zu übernehmen.

Verhandlungen am Freitag.

Bochum, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der in Hamm zwischen den Tarifparteien getroffenen Vereinbarung entsprechend beginnen die Verhandlungen über den Rahmentarif im Ruhrbergbau am Freitagvormittag im Ruhrrevier. Es handelt sich hierbei um eine Beratung zwischen dem Zehentverband und den vier Bergarbeiterorganisationen, die ohne Mitwirkung der Schlichtungsbehörden stattfinden. Aus der Sachlage ergibt sich, daß dabei auch die übrigen Streitfragen zur Diskussion stehen werden. Die in Frage kommenden Organisationen haben ihre Teilnahme an den Verhandlungen zugesagt.

Die Aussperrung in Sachsen.

Leipzig, 8. Mai. (TL.) Die Aussperrung im ganzen sächsischen Steinkohlenbergbau ist, wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ hören, bereits allgemein durchgeföhrt. Auch im staatlichen Steinkohlenwerk Zaulerode, wo sich die Arbeiter dem Vorgehen ihrer Kollegen im Zwickau-Deisnicher Bezirk angeschlossen hatten, ist die Aussperrung erfolgt. Die Zahl der im Zwickauer Revier zur Entlassung gekommenen Arbeiter dürfte schätzungsweise 35 000 betragen. Die „Chemnitzer Volksstimme“ meldet, daß die Sicherheitspolizei in Oelsnitz zwei Werke befehlet hat, weil die Helfer und Maschinen auf den Gruben „Deutschland“ und „Vereinsglück“ Schutz verlangt haben.

Das welfische Zwischenspiel.

Hannover, 8. Mai.

Am 18. Mai wird sich in Hannover eine seltsame Angelegenheit abspielen. Auf Grund des Artikels 18 der Reichsverfassung, des dazu ergangenen Ausführungsgesetzes und der dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen wird an diesem Tage im größten Teil der preussischen Provinz Hannover eine Vorabstimmung darüber stattfinden, ob eine Abstimmung über folgende Frage stattfinden soll: Sollen die preussischen Regierungsbezirke Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Stade, Osningbrück von Preußen abgetrennt werden und ein selbständiges Land bilden? Der Antrag, daß diese Vorabstimmung stattfindet, ist gestellt worden von der Deutschhannoverschen Partei, die man kurz als die Welfen zu bezeichnen pflegt, weil sie immer noch Anhänger des welfischen, von Preußen im Jahre 1866 entthronten Königshauses sind. Nicht zum erstenmal. Kurz vor dem Einmarsch der Franzosen und Belgier ins Ruhrgebiet haben die Welfen den Antrag schon einmal gestellt; damals mußten sie ihn zurückziehen, weil unter dem Eindruck dieser Vorgänge im Westen die öffentliche Meinung im Abstimmungsgebiete derartig eindeutig gegen ihren Antrag Stellung nahm, daß die Antragsteller befürchten mußten, bei der Vorabstimmung zu Paaren getrieben zu werden.

Im Spätherbst 1923, als in der Schlupfphase der Inflation ringsum in Deutschland alles zusammenzubröckeln schien, haben die Deutschhannoveraner ihren Antrag abermals eingebracht. Hätten sie damals sofort die Vorabstimmung durchgeführt können, so hätten sie vielleicht Erfolge erzielt, die ihnen jetzt nicht beschieden sein werden. Wie der 4. Mai allgemein gezeigt hat, daß die radikalen Flügelentwicklungen in Deutschland schon rückläufig zu werden beginnen, so hat er auch dargetan, daß die Ärtien der deutschhannoverschen Bewegung, die vorübergehend ziemlich gestiegen waren, bereits wieder im Sinken sind. Nicht einmal ihre Stimmzahl vom Juni 1920 hat die Deutschhannoversche Partei wieder voll erreichen können, rund 13 000 fehlen ihr daran.

Die welfische Bewegung will die Gebietseinteilung Deutschlands ändern. Ueber den ersten Schritt auf diesem Wege sind ihre Anhänger sich einig, wohin er aber führt und wovon er haltmachen soll, darüber besteht in den Kreisen der Deutschhannoverschen Partei selbst die größte Uneinigkeit. Ein großer Teil von ihr will ein selbständiges Land Hannover im Rahmen des Deutschen Reiches, andere dagegen betrachten dies nur als einen ersten Schritt zu größeren Dingen. Ein Groß-Niedersachsen soll begründet werden, und in den offiziellen Parteizeitungen der Welfen kann man schon erstgenannte Aufsätze lesen, gegen die die Redaktion keinen Einspruch erhebt und in denen die sichere Erwartung ausgesprochen wird, daß dem „befreiten“ Hannover große andere Teile Deutschlands, Bremen, Braunschweig, Oldenburg, Schaumburg-Lippe, Lippe-Deimold, ja Hamburg, Schleswig-Holstein, beide Mecklenburg, der Westen der Provinz Sachsen und der Nordosten der Provinz Westfalen sowie der Norden der Provinz Hessen-Nassau sich anschließen werden.

In der Agitation im Lande gehts noch viel größer zu. Da geht man in den Versprechungen und in der Angabe der zu verfolgenden Ziele noch viel weiter. Die einen Agitatoren begnügen sich damit, die Rückkehr des Welfenhauses auf den Königsthron von Hannover zu versprechen, entschlossener Leute erklären, dieser neue hannoversche König werde hannoverschen Schulden aus seiner Tasche bezahlen und auf sein Vermögen eine selbständige hannoversche Währung aufbauen. Daneben wird eine widerliche Hehe betrieben, die hauptsächlich um zwei Behauptungen sich dreht: einmal um die, daß die Provinz Hannover von Preußen systematisch ausgebeutet werde (der bisherige deutschhannoversche Reichstagsabgeordnete Langwost, der diesmal freilich auf der Strecke geblieben ist, vertritt sich sogar zu der Behauptung, daß diese Ausbeutung 3 1/2 Milliarden Goldmark erreicht habe), sodann um die, daß die hannoversche „Freiheitsbewegung“ von Preußen in der schamlosesten Weise getnechtet werde. Beweise für beide Behauptungen fehlen. Das Gegenteil des Behaupteten steht objektiv fest. Trotzdem wird die angegebene Melodie mit großer Beharrlichkeit von Leuten, die es ganz gut besser wissen, weiter gepfiffen und weiter gehetzt und jeder Gegner beschimpft. Wer nicht „geborener Hannoveraner“ ist und sich doch um die Sache kümmert, dem wird, wie kürzlich einem Reichsminister, an der Spitze des Zentralorgans der Deutschhannoverschen Partei gesagt, er solle es nicht wagen, noch einmal nach Hannover zu kommen und dort zu reden; wer aber ein „geborener Hannoveraner“ ist und die deutschhannoverschen Verpflichtungsbeziehungen verwirft, dem werden Beleidigungen wie die folgenden an den Kopf geworfen: „Ein Verräter oder ein bezahltes Subjekt ist, wer für Preußen eintritt.“

Ganz unvorhersehen freut sich dieser sich überblühende Fanatismus, wenn dem verhassten Preußen ein Schaden geschieht. Eins der deutschhannoverschen Blätter schrieb kürzlich triumphierend: So wie in den letzten Jahren der preussische

(Weitere Nachrichten auf der 3. Seite.)

Nider schon manchen Brocken hätte fahren lassen müssen, so werde ihm auch Hannover, dieser fette Bissen, entrissen werden!

Im Namen angeblicher Vaterlands- und Heimatsliebe gibt also diese Hebe ganz unverbohlen der innigen Freude darüber Ausdruck, daß deutsches preußisches Land an Belgien, Dänemark, Polen und die Tschechoslowakei verloren ging. Die Deutschhannoversche Partei ist in allen Fragen der Innen- wie Außenpolitik, der Wirtschaft, wie Sozialpolitik, der Kulturpolitik und der Rechtspflege kraft reaktionär. Sie appelliert an alle schmutzigen völkischen Instinkte und scheut sich keineswegs, wo es ihr gerade paßt, die neuerdings Mode gewordene Judenhetze in den Dienst ihrer Propaganda zu stellen. Wer sie bekämpft, wird persönlich mit Dred beworfen.

Sachlich unterstützt von allen anderen Parteien, von den Kommunisten bis zu den Deutschvölkischen, lehnt die preussische Staatsregierung, lehnt namentlich auch die Sozialdemokratie der Provinz Hannover diese Bestrebungen auf das nachdrücklichste ab. Gerade wir Sozialdemokraten wissen, daß das republikanische Preußen das Rückgrat der sozialen, republikanischen Demokratie in Deutschland ist. Wir bekämpfen deshalb jeden, der den Versuch macht, dieses Rückgrat zu knicken. Am 18. Mai werden die Sozialdemokraten Hannovers dem deutschhannoverschen Vorabstimmungsantrag ihre Stimme verweigern und dadurch zu ihrem Teil dazu beitragen, daß dieses gefährliche Attentat englischer Partikularisten der Einheit und der Freiheit in Deutschland nicht das Grab schaufeln kann.

Ein Aufruf der Sozialdemokratie.

Unsere Partei erläßt einen Aufruf gegen die Auflösungsbestrebungen der Welfen. Darin heißt es: „Preußen ist heute das Rückgrat des demokratischen Gedankens in Deutschland. Preußens ungezwungene Politik und die dauerhafte republikanische Koalitionsregierung des preussischen Staates haben auf das politische und wirtschaftliche Leben des inneren Deutschlands beruhigend gewirkt und das Gleichgewicht gehalten gegenüber den nationalistischen Untrieben in Bayern und haben die von den Gemaltpolitikern der Entente, insbesondere von Poincaré, angestrebte Trennung des Rheinlandes und Ruhrgebietes von Deutschland verhindert. Die Verstärkung Preußens wäre nur im Interesse der Westpolitik. Die Unterstützung der Welfen entgegenarbeitet, wer mithilft, ihre Pläne zu vereiteln, der dient dem gesamten deutschen Vaterland. Wir fordern unsere Parteigenossen auf, bei der Abstimmung am 18. Mai nicht mitzustrimmen.“

Hergt und Poincaré. Das erste Wunder.

Die Wonne Hergts sind nach wie vor geteilter Meinung über die programmatische Erleuchtung ihres Führers. Teils möchten sie gerne mit ihm in die Regierung, teils wollen sie die bequeme Agitationsgrundlage des Kampfes gegen die Erfüllungspolitik nicht aufgeben. Der Vorstand des Reichslandbundes hat eine Entschlüsselung gefordert, die eine scharfe Absage an Hergt bedeutet. In dieser Entschlüsselung heißt es: „Der Reichslandbund erklärt nach Kenntnisnahme des nunmehr vorliegenden Gesamtplanes der Sachverständigen die darin Deutschland zugewandte Preisgabe von Hoheitsrechten für unannehmbar und lehnt das Gutachten in der vorliegenden Gestalt als praktische Grundlage für die Lösung des Entschlüsselungsproblems ab. Der Reichslandbund fordert, daß eine Regierung gebildet wird, die dem Reichslandbund Gegenschläge zustellt, die wirtschaftlich erfüllbar sind und politisch die Freiheit bringen.“

Hergt zieht hüh, der Reichslandbund zieht hoh, und was herauskommt, ist von Uebel. Die Frage der Außenpolitik war über Jahre lang die politische Frage, an der sich die Geister in Deutschland schieden, und nun offenbart sich, daß die Deutschnationalen heute noch nicht wissen, was sie in

dieser Frage wollen. Die Leute, die sich im Wahlkampf als die berufenen starken Reiter Deutschlands aufspielten, schwanken heute hin und her zwischen den außenpolitischen Ansichten ihrer Gegner und zwischen bequemen Agitationsphrasen.

Die außenpolitischen Interessen des Reiches werden von den Deutschnationalen ihren demagogischen Parteibedürfnissen gewidmet. Ihre Sehnsucht nach den Regierungssesseln schadet Deutschland gleichermaßen wie ihre Agitationsphrasen. Hergts Wunderrede macht Poincaré Hoffnung, daß der Kurs der deutschen Außenpolitik seinen Absichten entgegenkommen werde. Die Erklärung Poincarés, daß er das Sachverständigengutachten sich gerne zu eigen mache, ist ein diplomatischer Schachzug. Er möchte die Rollen wechseln. Statt der bisherigen Situation: deutsche Annahme, dilatorisches Verhalten Frankreichs, möchte er die Situation: deutsches dilatorisches Verhalten, französische Annahme erscheinen lassen. Hergts Rede gibt ihm die Hoffnung, aus der Isolierung herauszukommen und Deutschland in die Isolierung zu drängen. Das Auftreten Hergts hat also schon ein erstes Wunder erzielt: Poincaré erscheint mit dem Vorzug der Verständigung — um die Verständigung mit Hilfe deutsch-nationaler Eskaleien um so sicherer durchkreuzen zu können. Gott verschone uns vor weiteren solchen Wundern!

So ernste Möglichkeiten kümmern Hergt und die Seinen nicht. Das außenpolitische Verantwortungsgefühl ist bei dem Staatsmann des „großen Wunders“ so wenig entwickelt wie sein Gefühl für die Grenze, an der gespielte politische Bedeutung in Niederlichkeit umschlägt.

Verabschiedung Seifers.

Richtung Schweyer oder Richtung Anklage?

München, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Verabschiedung des Obersten v. Seifer als Chef des Bayerischen Landespolizeiamtes ist nunmehr Tatsache geworden. Aus einer halbamtlich gegebenen Mitteilung geht hervor, daß die Staatsregierung an Herrn v. Seifer mit der Aufforderung herangetreten ist, von seinem Posten zurückzutreten. Der Grund für diese Maßnahme lag für die Regierung angeblich in der Erwägung, daß die Landespolizei vollkommen unpolitischen Charakter trägt und ihre Reihen vor innerpolitischen Auseinandersetzungen und Gegensätzen bewahrt bleiben müssen. Die Voraussetzung dafür ist, daß das Landespolizeiamt von einer Persönlichkeit geleitet wird, die nicht selbst politisch unstritten ist. Diese Voraussetzung scheine der Regierung bei Oberst v. Seifer nicht mehr gegeben.

Auf diese Aufforderung seiner vorgesetzten Behörde hin hat Herr v. Seifer sofort sein Rücktrittsgesuch eingereicht und hat zur Erledigung der Verabschiedungsformalitäten einen neuen Urlaub angetreten. Zu seinem einstweiligen Nachfolger ist der Kommandeur der Landespolizei, Abteilung Nürnberg-Fürth, Oberst v. Reif, ernannt worden.

Auf Grund des Ergebnisses der bayerischen Politik seit dem 28. September 1923, also seit Errichtung des Generalstaatskommissariats, ist es nur natürlich, wenn Herr v. Seifer von seinem Posten verschwindet, um so natürlicher, wenn man weiß, daß Seifer nicht nur der Gefährte von Rahr und Vossow, sondern vielmehr die maßgebende Persönlichkeit des Diktaturministeriums im Generalstaatskommissariat gewesen ist, wenn er auch als solcher nicht in die Entscheidung trat. Aber auch bei dieser Sachlage hätte es als feststellbar erscheinen müssen, daß mindestens gleichzeitig mit Seifers Weggang ist und deren offene Sympathie genießt, so ist der Verbleib verstanden wäre. Das hätte geschehen können trotz der vertriebenen Beamtenrechte des Herrn v. Rahr, während Herr v. Seifer nur die Rechte eines Vertragsangestellten genossen hat. Die Einseitigkeit des Vorgehens der bayerischen Regierung tritt auch deswegen stark in die Erscheinung, weil das gerichtliche Ermittlungsverfahren gegen Rahr, Vossow und Seifer noch gar nicht beendet ist.

Es liegt nahe, diesen Anfang der Bereinigung der 8.-November-Politik als einen Fingerzeig für den künftigen Kurs in Bayern anzusehen. Man kann der Auffassung sein, daß der Innenminister

Dr. Schweyer, der in seiner letzten Stunde so offensichtlich gegen die völkischen Staatsstreicher die starke Faust zeigen will, auf der Entlassung des Herrn v. Seifer bestanden hat in der Erwägung, daß die bayerische Landespolizei unter der Führung Seifers allzu sehr von rechtsradikalen Tendenzen verseucht wurde. Die Berechtigung dieser Auffassung wird gestützt durch die Hoffnungen, die die Hochverräter vom 8. November auf die Haltung der Landespolizei seinerzeit setzen zu dürfen glaubten. Andererseits ist aber zu beachten, daß die Entlassung Seifers, dessen Haltung am 8. November immehin zunächst einmal den Staat und die Regierung der Bayerischen Volkspartei vor dem unmittelbaren Einsturz bewahrten, für die Völkischen einen Triumph bedeutet. Da aber der Ministerpräsident v. Anklage, der eine maßgebende Rolle bei der Entlassung Seifers gespielt hat, ein Freund und Beschützer der völkischen Bewegung ist und deren offene Sympathie genießt, so ist der Verdacht mehr als begründet, daß die Motive der beiden Minister, die sie zur Abfertigung Seifers veranlaßten, grundsätzlich verschieden sind.

Idioten.

München, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der „Rosenheimer Anzeiger“ teilt mit, daß in einer völkischen Wahlenversammlung in Brannenburg der Referent, ein Nationalsozialist Hoffmann aus München, im Verlauf eines mehr als zweistündigen, von Beschimpfungen gegen Tote und Lebendige strotzenden Referats unter anderem sich folgende „vaterländische“ Ergüsse leistete: Kaiser Wilhelm II. war ein Idiot, und ich muß jenen, der für ihn gekämpft ist, auch als Idioten bezeichnen. Strefemann und Seidl, diese Vurschen, haben den Sohn dieses Idioten wieder nach Deutschland hineingelassen. Da so etwas sich betanntlich vererbt, ist der Kronprinz ein Trottel, und das ist der künftige Kaiser der Deutsch-nationalen!

Durcheinander in Mecklenburg.

ES hagelt Mißtrauensanträge und alles bleibt beim alten. Schwerin, 8. Mai. (Tel.) Bei Eintritt in die Verhandlungen des heutigen Landtags erklärten sich alle drei Minister bereit, die auf sie entfallende Wahl anzunehmen. Der kommunistische Abg. Benzler verlangte darauf eine erneute Erklärung von Brandenstein über seine Haltung in der Frage des Sachverständigengutachtens, die aber von Brandenstein mit der Begründung abgelehnt wurde, daß er seiner vorgelegten Erklärung nichts hinzuzufügen habe. Darauf brachte der Kommunist Wenzel ein Mißtrauensvotum mit demselben Inhalt gegen v. Brandenstein ein, wie das von den Deutschvölkischen am Dienstag eingebracht. Auch der deutschvölkische Abg. Maertens brachte ein erneutes Mißtrauensvotum seiner Fraktion gegen den Ministerpräsidenten ein, da dessen heutige Erklärung seiner Partei nicht genüge. v. Brandenstein gab dann nochmals eine Erklärung ab, die der bereits von ihm gegebenen Erklärung entspricht, nach welcher er selbstverständlich gegen die Annahme des Sachverständigengutachtens stimmen werde, wenn die von ihm genannten Voraussetzungen nicht erfüllt würden (!). Auf Antrag der Deutschvölkischen trat dann eine Pause von 10 Minuten ein. Nach der Pause gab der Abg. Maertens namens der Deutschvölkischen eine Erklärung ab, nach der die Fraktion in Anbetracht der kolossal schwierigen Lage des Vaterlandes und angesichts der jetzigen Erklärung v. Brandenstein das Mißtrauensvotum zurückziehe. Das Mißtrauensvotum der Kommunisten wurde darauf gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Die Sozialdemokraten erließen sich bei der Abstimmung der Stimme. Die Deutschvölkischen stimmten gegen den kommunistischen Mißtrauensantrag, trotzdem dieser Antrag dem Mißtrauensantrag der Völkischen vom Dienstag entsprach. Die Sozialdemokraten hatten ebenfalls ein Mißtrauensvotum gegen das Gesamtministerium eingebracht. Für dieses traten nur die Sozialdemokraten ein, während die Kommunisten sich der Abstimmung enthielten.

Die bürgerliche Presse kommentiert die mit zwei Stimmen Mehrheit erfolgte Neuwahl des deutschnationalen Ministerpräsidenten v. Brandenstein in Mecklenburg-Schwerin. Sie kommt einstimmig zu dem Ergebnis, daß die Neuwahl keine Lösung der Krise bedeutet.

Tod, Oper und IX. Sinfonie.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Wir rufen mit Widdessels dem Tode des Konzertintenders zu. Noch einmal, laut sich alles auf, wird um Interesse, sucht aus Zulänglichkeit Ereignis zu machen. Der helle Abend ist der Wirkung von Kunst abträglich. Die Freiheit der Luft lockt schon mehr als die Freiheit der Kunst. Doch nicht so schnell rufen wir, daß wir nicht einen Augenblick halt mochten zur Erinnerung an Carl Best, der plötzlich verstarb. In einer Zeit, die alle vierzehn Tage ein Dirigieren entbedet, das sich nach abermals vierzehn Tagen als eine Spezialbegabung erweist, darf auf Best als den guten, soliden Typ des routiniereren, in allen Sätzen leitenden Theaterkapellmeisters hingewiesen werden. Er konnte, ohne Probe, immer einspringen, ohne daß Gefahren drohten. Er konnte auch, hört, Partituren lesen, spielen, aufs Klavier übertragen, sachlich korrigieren und begleiten. Er war ein Vollkünstler, wenn auch nur von unpersönlichem Format. Begierde ging nicht von ihm aus, aber Sicherheit, Geborgenheit, Gefühl lauterer Arbeit.

Erich Kleiber sagte die IX. Sinfonie im Jubiläumsjahr als erster an und sagte wieder ab. Uns wundert das nicht. Wir haben Kleiber hier als musikalischen Charakter, denn als Genie bezeichnet. Wenn in 14 Tagen ein Orchester unter 5 verschiedenen Dirigenten 25mal an der IX. Sinfonie übt und lernt — was allein bleibt da einem Willensmenschen wie Kleiber am Arbeit übrig, um ausmerzen, zu reinigen, zu ordnen, Klang zu schaffen. So viele Proben bekommt er nicht bemittelt. Also Absage. Gut ab vor Kleiber. Er tat es ein Heiligum erst an, wenn er reif und vorbereitet ist. Das merkt man auch seiner intensiven und abgezielten Figaro-Ausführung an. Doch übete hier seine philologische Kleinarbeit, kein krasser Wille den Schwächen Mozartscher Musik auch dann ab, wenn (außer Frau Weyher) ein einziger Mozartsänger von Eigenart und traditioneller Kultur auf der Bühne stände. Und die sich hingepflichten Regulative tun das Ihre, um die Stimmung zu verderben. Sein jugendlicher Kollege von der Volkoper, Dobrowen, holt sich dagegen mit der erhabenen und doch überlegen ausgetriebenen Traviata-Partitur einen berechtigten Sieg. Hier ist es, wo die hochbegabte Feilspielerin den Sprung von der Operette zur jargonischen Rolle hehrt, wo ein italienisch gebildeter Tenor Kallischeff Wohlklang singt und wo Herr Bisel die Untugenden eines deutschen Bassisten in Reinkultur wiedergibt.

So Kleiber ablegt, springt Scheinpfug willig ein. Ist er der Mann, um Beethoven's letzte Sinfonie zu einer Erschütterung der Menschheit, zu einem Jubel freudloser Kreatur zu gestalten? Sportpaß und Philharmonie — zwei gleiche, zwei gleich bedeutende Einbrüche. Er dirigiert das Werk ganz frei von der Partitur, sozusagen mit geschlossenen Augen. Die technische Leistung ist vorzüglich. Versteht er auch sein Herz? Die Einzelheiten des Magios, das mit der Feder aus dem Flügel eines Engels geschrieben ist — wie ledigling's, wie wenig kommt eine Einheit aus gefühlvollen Einzelheiten heraus. Das Scherzo spielt sich von selbst, aber hier, im Magio, liegt der Prüfstein für die Aussergewöhnlichkeit. Außer-

ordentlich wirkungsvoll, in den harten Akzenten des Schicksals, in den Vorbereitungen des Hymnus erklang der Schlußsatz. Und dies, obgleich die Bläsertruppe sehr müde waren, die Ebsche Chorvereinigung ohne Pause, ein illustres Quartett so gewaltig sang, als wolle jeder den anderen überschreiten.

Ernst Jander fährt seinen großartig geschulden Volkshor gleichfalls ins Gesicht zu Ehren der IX. Sinfonie. Seine Solidarität, Ruhe, Sachlichkeit auch als Orchesterleiter ist respektabel. Sein Publikum ist feierlich gelöst und bringt sonnigliche Atmosphäre schon von Hause mit. Warum sie durch Guttmanns endlose, selbstgefällige, mit fremden Philosophen durchgeführte Rede über Beethoven durchbrochen wird, ist unverständlich. Ein ermüdetes Orchester spielt vor müden Ohren. Jander ringt so sehr nach mit dem Stofflichen, daß bei aller Tätigkeit der Mechanik der Geist und die Idee zweier Sätze nur in Momenten fähigen Zusammenfassens frei und groß sich offenbart. Dieser wirkt das Adagio, das Jander eindrucksvoll singen läßt.

Das Programm bucht führte poetisierend in das gigantische Werk ein. Aber mit Verlust, es ist inhaltlich (und oft im Wortlaut) ein Plagiat. Man hätte gut getan, die Wagner'sche Schrift unverändert, ungefürt, ohne jedes Beiwerk abzugeben.

Ruh aber ruhe die IX. Sinfonie. Nur wer sie Rote für Rote als menschliches Erlebnis in sich trägt, wage wieder den großen Wurf.

Inzwischen erprobt Karl Zimmer, der Violoncellist, erfolgreich seine vier Orchester (250 Mann) an klassischer Musik. Edmund Reibel, der Violoncellist, rührt sich für Schumanns „Ranfred“, der dem Bronschen Leri eine weiche, gar zu gefühlreiche Musik unterlegt. Weisel unterstreicht dieses romantische Melos als ein gebildeter, geübter, nach Ausdruck strebender Mann. Leider hatte er auch einen Vogel, Fröh mit Bornemann, engagiert, der dem Glanz des Beethoven'schen Es-Dur-Konzerts kaum fingertchnisch gewachsen war. Was an rhythmischer Festigkeit und Klangfülle zu verderben war, das besorgte Weisel mit dem Solisten im Bunde. Großartig sprach Baubinger den Ranfred, und von den Solisten der Gesangspartien fiel die unbekannte Wästin Boezius durch Klangvolle Stimme auf. Schratzenholz hat in seinem Sinfonieverein ein williges, ein geschultes, ein temperamentvolles Ensemble erzogen. Die „Weiße des Hauses“ war wirklich einmal eine Weiße der Musikwelt. Zufällig die gar nicht leichte Begleitung im Brahms'schen Violonkonzert. Das spielte Schief Wolfsthal mit einer Größe des Tons und der Auffassung, mit einer Sicherheit im Handwerk, daß man an allererste Vorbilder erinnert wurde. Ein großer Geiger!

Dem Rheinischen Männergesangsverein hätte man größeren Zuspruch gönnen. Unter Ernst Birg leisteten diese 75 Männer (in Chören von Gress und Kämpf) Vorgesagtes an Bewusstheit der Stimmen und Klangreinheit. Margarethe Abler hat keine Junge, keine unverbrauchte, aber eine noch immer eindrucksvolle Sopranstimme, die geleglichen Viedern gerecht wird. Härten des Tonansatzes und Registreweckes bedürfen der Korrektur. Die Wahl der Vortragslieder beweist einen unausgebildeten Geschmack. Raug Bundlach wächelt als Pianist nicht über den Salonpfeifer hinaus, wenn er sich an Chopins „No. 10“-Sonate wagt. Eine gute Fingerbeweglichkeit läßt über den Gefühlsautomatismus nicht hinweg-

Baubureaukratie.

Vom Städtischen Nachrichtendienst erhalten wir folgende Zuschrift, die sich auf unseren Artikel „Stadtbaurat und Oberbürgermeister“ in Nr. 214 bezieht:

„In den Mitteilungen über eine Entschlüsselung des „Bundes Deutscher Architekten“ wird die Stellungnahme des Magistrats, des Sachverständigenbeirats und der städtischen Bau-polizei zu Bauordnungen aus jüngster Zeit besprochen. Dabei wird angedeutet vorausgesetzt, daß der Magistrat ein Gutachten des Sachverständigenbeirats abgelehnt habe. Demgegenüber darf, ohne auf Einzelheiten einzugehen, bemerkt werden, daß diese Voraussetzung nicht zutrifft. Der Magistrat hat zu dem Projekt der Aufstockung eines Geschäftshauses in der Leipziger Straße Stellung zu nehmen und ersuchte zunächst den Sachverständigenbeirat um ein Gutachten dahin, ob die Leipziger Straße sich allgemein zu Aufstockungen eigne. Der Sachverständigenbeirat bejahte diese Frage. Der Magistrat, der auch die sonst noch in Frage kommenden amtlichen Stellen angehört hatte, vertagte aber den Beschluß mit Rücksicht darauf, daß demnächst der Entwurf der neuen Bauordnung abgeschlossen würde, in welchem allgemein für bestimmte Geschäftskategorie besonders günstige Ausnahmegestimmungen hinsichtlich einer besseren Ausnutzung der Grundstücke, vornehmlich in der Höhe, festgelegt werden sollen. Der Oberbürgermeister hat unmittelbar nach diesem Magistratsbeschluß die zuständigen Stellen angewiesen, die Arbeiten am Entwurf der neuen Bauordnung aufs äusserste zu beschleunigen, und dabei ausdrücklich bemerkt, daß die Interessenten bei der vorbezeichneten Sachlage nunmehr mit Recht die allerfrüheste Vollendung der neuen Bauordnung erwarten können. Allerdings wird der Entwurf nach der Zustimmung der Aufsichtsbehörden bedürfen.“

Also: Der Magistrat hat das Gutachten des Sachverständigenbeirats nicht abgelehnt, sondern er vertagte nur seinen Beschluß. Und zwar im Interesse des Architekten und des Bauherrn, auf daß diesen die „besonders günstigen Ausnahmegestimmungen“ der neuen Bauordnung zugute kämen, deren Entwurf allerdings noch nicht abgeschlossen ist und die auch der Zustimmung der Aufsichtsbehörden bedürfen wird. Es geht doch nichts über die jarte Rücksichtnahme einer Obrigkeit, die weißhaft die Interessen ihrer Untertanen wahrzunehmen bestrebt ist!

Die Welt des Wassertropfens. Rohrgeschichtliche Anschauungsunterricht: von seltsamer Schärfe und Eindringlichkeit vermittelte ein Film, den Professor Dr. Kömmerer in München in der Urania zeigte. Die kleinen und kleinsten Lebewesen, die ungeheuer lebendige Welt in einem Wassertropfen, wurde hier auf der Steinwand vorgeführt. Diese Tausende und aber Tausende Tierchen, die dem bloßen Auge kaum sichtbar sind, oder doch nicht wie Leben und Bewusstsein, sondern wie ein wenig Schaum, wie ein Tupfen Farbe erscheinen, konnte man deutlich in ihren Bewegungen, in ihrer Gestaltung und ihren Lebensbedingungen erkennen. Ein Tropfen Wasser mit dieser Kleinwelt wird zwischen zwei Glasplatten gebracht, dann durch das Mikroskop vergrößert und in ihrer ganzen jappeln den Beweglichkeit auf die Steinwand projiziert. Da erblickt man zum Beispiel Exemplare des Sühwasserpolyps mit der eigenartigen Knospe. Diesen Tieren wachsen die Jungen aus einem Glied des

und daß die Deutschnationalen in Mecklenburg schon heute Banterotti gemacht haben. Selbst die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die den Deutschnationalen seit Monaten Steigbügelhalterdienste leistet, muß beichten, daß die Verhältnisse in Mecklenburg-Schwerin vollkommen verfahren sind, und macht in ihrer Berichterstattung den Vorschlag, die früher so heftig bekämpften Linksparteien als letzte Hilfsgruppe für die schwankende deutschnationale Front aufzurufen. Ein besseres Kräfteverhältnis konnten sich die Marxisten nicht ausstellen.

Recht peinlich dürfte den deutschnationalen Wundermännern im Reich die Randbemerkung der „Zeit“ in die Ohren klingen. Dort heißt es im Hinblick auf die Verhältnisse im Reich:

„Es zeigt sich schon im kleinen Mecklenburg, was für ein allgemeines Durcheinander entsteht, wenn die Deutschnationalen von der Größe der deutschösterreichischen Wirkkräfte abhängen, d. h. wenn sie sich in diese Abhängigkeit begeben — der Landtag Mecklenburgs ist offenbar regierungsunfähig.“

Die Kritik der volksparteilichen Presse erweist demnach alles andere als den Anschein, daß in der Volkspartei ein großes Verlangen besteht, das Experiment eines Rechtsblocks im Reich zu wiederholen. Der Wundertäter Hergt hat jedenfalls allen Grund, seinen Heidentenor um einige Oktaven tiefer zu stimmen, wobei er hoffentlich nicht im Münchener Heidenteller landet.

Die deutschnationalen Gutsbesitzer in Mecklenburg-Schwerin machten die marxistische Masterode der Deutschösterreichischen so lange mit, als es in ihren antimarxistischen Erdelladen paßte. Jetzt da ihr Ziel, die Futtermühle, erreicht ist, stellen sie die deutschösterreichischen Masten wieder beiseite. So wurde der Landarbeiter Hildebrandt, der von seinem gutsberrlichen Arbeitgeber als deutschösterreichischer Beute und Marxistenkiller in den Landtag lanciert wurde, kurzerhand entlassen, weil sich der Wind inzwischen gedreht hat. Der Marxistenkiller ist vorüber und die toterischen Landkinder jagen die Opfer ihrer Demagogie zum Tempel hinaus. Der Wehr hat seine Schuldigkeit getan, der Rohr kann gehen!

Freiheit des Prinzeneigentums. Ein Berliner Urteil.

In einem Rechtsstreit des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen ist vor der ersten Zivilkammer des Landgerichts I Berlin die Frage der Rechtswirksamkeit der Beschlagnahme des Vermögens des ehemaligen preussischen Königshauses zur eingehenden Erörterung gelangt.

Der frühere preussische Finanzminister Böhmermann hatte auf Grund der Beschlagnahmeordnung vom 30. November 1918 auch das Vermögen, das der Prinz bei keinem Berliner Bankhaus liegen hatte, gesperrt und dem Bankhaus die Auszahlung an den Prinzen verboten. Der Prinz strengte gegen das Bankhaus Klage auf Herausgabe des Vermögens an und begründete die Klage damit, daß die Beschlagnahmeordnung gegen die Verfassung verstoße, da sie die verfassungsmäßig gewährleistete Freiheit des Eigentums verleihe und das Verfügungsverbot deshalb rechtsunmöglich sei. Das Gericht schloß sich diesem Standpunkt an, stellte die Rechtsunwirksamkeit der Beschlagnahmeordnung fest und erkannte nach dem Antrag des Prinzen.

Die Senatspräsidenten beim Reichsgericht. Von den vier zurzeit erledigten Senatspräsidentenstellen beim Reichsgericht werden drei neu besetzt mit den Reichsgerichtsräten Dr. Streder, Dr. Wilhelm Meyer und Alexander Liebner. Gegen die Ernennung Liebners hatte Bayern im Reichsrat Bedenken erhoben, annehmen ist er republikanisch. Aber der Reichsrat als Ganzes erklärte sich mit der Ernennung durch die Reichsregierung einverstanden. Die vierte freie Stelle kommt in Begreif, weil ein Zivilsenat wegen der Entlastung in Erfelden aufgehoben wird.

Die kommunistische Fraktion des sächsischen Landtags hat einen Antrag auf Auflösung des Landtages eingebracht, aber den in der Sitzung am nächsten Donnerstag gleichzeitig mit dem kommunistischen Mißtrauensantrag gegen den Innenminister Müller verhandelt werden wird.

Muttertieres heraus. Sie vermehren sich durch Knospung, wie der Naturwissenschaftler diesen Vorgang nennt. Die Knospe trennt sich schließlich vom Muttertier und beginnt ein neues, selbständiges Leben. Man sah den Wasserfloh, der in einem Sommer eine Milliarde Kinder in die Welt setzt, ferner Milben und eine große Anzahl anderer sogenannter Insekten. Unter dem Einfluß der Wärme des Blutes in der Kammer laumeten die Tiere wild durcheinander und schienen in der winzigen Menge Wasser wie toll durcheinander. Diese blühartigen Bewegungen machen es dem Zuschauer nicht leicht, die einzelnen Körperteile der Tiere, die Augen, den Darm, die Vorderfüße, die Lunge genau zu betrachten. Nun sollen aber diese Vorführungen, die im Lichtbild lebenden Tiere den Schülern im naturwissenschaftlichen Unterricht zur besten Erkenntnis aller dieser Dinge dienen. Ob das unter diesen Umständen und bei der doch nicht so konzentrierten Aufmerksamkeit der Kinder wirklich erreicht wird, erscheint immerhin fraglich.

Kritik im Potsdamer Schauspielhaus. Der Leiter des Potsdamer Schauspielhauses, Intendant Kurt Behlmann, hatte maßgebende Persönlichkeiten der Stadt Potsdam zu einer Besprechung über die Weiterführung des Potsdamer Schauspielhauses eingeladen. Die Besprechung fand auf der Bühne des Instituts statt. Das Potsdamer Schauspielhaus hat mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Nur staatliche oder städtische Hilfe kann zu einer Gesundung des Theaters führen. Dem Plan, das Schauspielhaus in eine O. m. b. H. umzuwandeln, widersprach der Geschäftsführer der Preussischen Landesopernbühnen, Dr. Kestler. Von der Stadt Potsdam ist wenig Aussicht auf finanzielle Unterstützung für das Theater vorhanden.

Für das bedrohte Weimarer Bauhaus. Von den Studierenden des Staatlichen Bauhauses in Weimar geht uns folgender Aufruf zu: „Chemische Bauhauserei! Es tobt der erbitterteste Kampf gegen das Bauhaus. Unsere Feinde wollen durch die jetzige Regierung und das Parlament seine Vernichtung. Nachdem man die Meinung des Reiches und des Auslandes für uns weiß, soll der Kampf persönlich geführt werden. Gegen Gropius. Und denkt damit am sichersten zum Ziele zu kommen. Eben erschien gedruckt eine Sammlung von Unfug: „Das staatliche Bauhaus und sein Völkchen.“ Wir halten es für unsere Pflicht, durch Aufruf in Plakaten und in der Presse, bei der Regierung und den Abgeordneten zu protestieren gegen unförmliche Kritik. Wollen wir unser Haus haben, müssen wir Gropius stützen. Wir erwarten dringend eure Unterstützung und bitten um Kundgebungen eurerseits für das Bauhaus und Gropius. Alle innere Kritik kehrt beiseite, wenn wir das Ganze retten wollen. Wir bitten euch, möglichst bald folgende Kundgebung zu unterschreiben oder eine besondere Form dafür zu suchen:

Kundgebung. Wir ehemaligen Angehörigen des Staatlichen Bauhauses beurteilen auf das Entschiedenste unerschütterliche Weise, welche Gegner des Bauhauses in der Presse gegen Gropius und sein Institut machten. Wir erkennen im Bauhaus einen Kulturfaktor größter Bedeutung und fordern sein Fortbestehen unter seinem jetzigen Leiter Walter Gropius.

Ein neues Tollwut-Serum? Japanische Gelehrte haben ein Serum gefunden, das bei einer einzigen Einspritzung getimpfte Personen gegen Tollwut immun machen soll.

Der Kampf im Bergbau.

Bochum, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Infolge der Generalausperrung der Zechen steht der gesamte Ruhrbergbau still. Von Hamm bis Duisburg läuft kein Förderkorb mehr. Wenn der Kampf noch einige Tage andauert, wird die Lage bedrohlich. Zu den 400 000 bereits ausgesperrten Bergleuten werden noch etwa 200 000 Arbeiter über Tage kommen. Die Zechentore sind überall geschlossen und die Arbeitgeber erklären jeden Arbeiter, der nicht mehr als sieben Stunden unter Tage verfährt, als freilos entlassen. Am Mittwoch sollen etwa 15 Prozent der Gesamtbelegschaft eingeschifft sein, von diesen allerdings die Mehrzahl in der Absicht, nach verlorener Siebenstundenschicht wieder auszufahren. Bis jetzt ist alles noch ruhig, zu Störungen und Zwischenfällen ist es nicht gekommen, da die Arbeiter sich an die Weisungen ihrer Organisationen halten und den aufreizenden Parolen der Kommunisten und Anarchisten keine Folge leisten.

Die sozialen Auswirkungen des Ausperrungsbeschlusses des Zechenverbandes sind unter den heuligen wirtschaftlichen Verhältnissen unübersehbar. Der Deutsche Bergarbeiterverband und der Christliche Gewerkschaftsbund sind gemeinsam an die Stadtverwaltungen des Ruhrgebietes herantreten und haben um Unterstützung durch Lebensmittel für die ausgesperrten Arbeiter ersucht. Sie haben auf die Notlage der Bergarbeiterfamilien hingewiesen, die sich durch die Ausperrung geradezu katastrophal gestaltet. Bereits am Donnerstag fand daher in Essen eine Zusammenkunft der Oberbürgermeister und Wohlfahrtsvereinigungen der Industriestädte statt, um über die Maßnahmen zur Eindämmung der Not zu beraten.

Die großen Werke der Metallindustrie werden schon in den nächsten Tagen durch die Auswirkungen der Krise im Ruhrbergbau in Mitleidenschaft gezogen, da die vorhandene Kohlenmenge nur noch einige Tage zur Aufrechterhaltung der Betriebe ausreicht. In der Montanindustrie des Ruhrgebietes und Bochumer Bezirks ist mit dem Abblauen einer Anzahl von Hochöfen zu rechnen. Einige Städte leiden bereits in der Gasversorgung und in verschiedenen Orten, wie z. B. in Herne, liegen die Straßen schon dunkel.

In den Haushalten und den öffentlichen Betrieben wird in wenigen Tagen erneut jene schwere Zeit herangebrochen sein, die vom passiven Widerstand her noch in unheimlicher Erinnerung ist.

Düsseldorf, 8. Mai. (II.) Die Streik- und Auslandsbewegung im Ruhrgebiet hat, wie die Telegraphen-Anion erfährt, im Laufe des Tages in der Tat noch weiter um sich gegriffen. Für den 7. Mai hatten die Gruben bei der Eisenbahnregie 5000 Waggons anstatt 20 000, wie sonst durchschnittlich, angefordert. Es scheint daher, daß sie glauben, ein Viertel der üblichen Förderung sichern zu können. Tatsächlich ergibt sich aber für die streikenden Arbeiter folgendes Bild: 88 Prozent in dem Gebiet um Recklinghausen, 97 Prozent in Lünen, 84 Prozent in Hattingen, 97 Prozent in Herne, 94 Prozent in Gelsenkirchen, 97 Prozent in Wattencheidt, 88 Prozent in Essen I, 94 Prozent in Essen II, 74 Prozent in Werden, 97 Prozent in Oberhausen. Die Notstandsarbeiten sind bisher durchgeführt worden. In den von der M. I. c. m. betriebenen Zechen ist die Lage, entgegen anders lautenden Meldungen, bisher normal.

Technische Nothilfe und Gasversorgung.

Hamm, 8. Mai. In der Kokerlei der bestreikten Zeche „Robbath“, von der die Gasversorgung der Städte Hamm und Münster abhängt, ist auf Verlangen der Stadtverwaltung dieser beiden Orte gestern abend mit Genehmigung des Regierungspräsidenten die Technische Nothilfe zur Gasabgabe am Hamen und Münster eingesetzt worden.

Verteidigung des Reichsarbeitsministers.

Zu der Erklärung des Bergarbeiterverbandes teilt das Reichsarbeitsministerium durch W. B. mit: Am 5. Mai hat das Bureau des Reichs- und Staatskommissars Mehlich in Dortmund dem Reichsarbeitsministerium berichtet, ein Vertreter der Bergarbeiterverbände habe mitgeteilt, daß die leitenden Stellen der Verbände entschlossen seien, den für den nächsten Tag angesetzten Reichskonferenzen die Annahme der am 3. Mai in Hamm vorgeschlagenen Regelung zu empfehlen. Ferner habe der Bergarbeitervertreter gewünscht, das Reichsarbeitsministerium möge beim Zechenverband den angeschlossenen Werken nahelegen, die zu erwartende günstige Entwicklung nicht durch Kampfmaßnahmen zu gefährden. Diesem Wunsch hat das Reichsarbeitsministerium entsprochen. Die betreffende Depesche an den Zechenverband wurde sofort abgehandelt, also zu einer Zeit, da man noch auf Vermeidung des Kampfes hoffen durfte. Die spätere Veröffentlichung dieser Depesche ist nicht vom Reichsarbeitsministerium veranlaßt worden.

Eine Darstellung des Reichsarbeitsministeriums.

Das Reichsarbeitsministerium läßt durch Wolff-Bureau eine Darstellung der Vorgeschichte der Ausperrung verbreiten. Die Darstellung schließt:

„Es darf erwartet werden, daß die beiden streitenden Teile in ihrem eigenen wie im Interesse des Gesamtvolkes bald den Weg zum Frieden finden werden, den zu ebnen die berufenen amtlichen Stellen nach wie vor bestrebt sind.“

Die kommunistische Feme.

Neubrandenburg, 8. Mai. (W. B.) Die „Mecklenburg-Strelitzer Warte“ meldet, am 6. Mai sollte hier eine Zusammenkunft von auswärtigen Kommunisten erfolgen, unter denen sich auch die Täter des Mordes an dem ehemaligen Angehörigen der kommunistischen Partei, Arbeiter Jonas Hagenow befinden sollten. Eine in der Wohnung eines hiesigen Kommunisten vorgenommene Untersuchung führte zur Verhaftung von 6 Kommunisten. Der Führer der Mecklenburgischen Tscheka wurde nach Widerstand und Fluchtversuch von einem transportierenden Polizeibeamten durch einen Schuß verwundet und ins Krankenhaus gebracht. In der gleichen Angelegenheit ist der kommunistische Landtagsabgeordnete Schmidt von der Staatsanwaltschaft in Haft genommen worden.

Saarknechtung.

Wälferbundregierung gegen Sozialdemokratie.

Saarbrücken, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierungskommission des Saargebietes hat nicht nur dem als Redner zum Parteitag der saarländischen Sozialdemokratie vorgesehenen Reichstagsabg. W. S. L. Sollmann-Köln die Redeerlaubnis nicht erteilt, sondern sie auch dem als Erläuterer für Sollmann bestimmten ehemaligen Reichstagsabg. Lorenz Niebauer verweigert. Diesem zweiten Verbot ist irgenb eine Begründung nicht beigegeben. Die Sozialdemokratische Partei des Saargebietes wird gegen diese skandalöse Beschränkung der Redefreiheit beim Wälferbundrat Einspruch erheben.

Deutschlands tragische Verantwortung.

Die Bedeutung der Sachverständigenfrage.

London, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In Londoner politischen Kreisen ist man der Auffassung, daß die Befehle der belgischen Staatsmänner in Paris und London und die außerordentlich liebenswürdige und ausschlagreiche Art des alliierten Gedanken- und Informationsaustausches die Reparationsfrage, zum wenigsten was ihre Behandlung unter den Alliierten anbetrifft, in ein außerordentlich günstiges und vielversprechendes Stadium geführt haben. Die Zukunft des Reparationsproblems liegt nach englischer Ansicht nunmehr ausschließlich in der Hand Deutschlands, und obwohl die politische Situation in Deutschland immer noch als verworren bezeichnet werden muß, ist man in Londoner politischen Kreisen doch der optimistischen Auffassung, daß sich alle nunmehr in Deutschland in den Vordergrund getretenen Parteien der tragischen Verantwortung bewußt sind, die sie auf sich laden würden, wenn sie die Kuren von den Sachverständigen gebotene Rettungsmöglichkeit zurückschoben und dadurch ganz Europa in ein neues politisches und wirtschaftliches Chaos stürzen würden.

Russprache Macdonald-Poincaré noch im Mai.

Paris, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Ein Pariser Morgenblatt hatte am Donnerstag ein neues persönliches Schreiben Ramsay Macdonalds an Poincaré angefündigt, in dem der englische Premierminister angeblich den Wunsch ausgesprochen haben soll, nach dem belgischen nunmehr auch den französischen Standpunkt zu den Vorschlägen der Sachverständigen kennen zu lernen. Diese Darstellung ist unzutreffend. Ramsay Macdonald hat vielmehr Poincaré durch Vermittlung des englischen Botschafters in Paris lediglich mitteilen lassen, daß er mit den belgischen Ministern vereinbart habe, die französische Regierung über die Besprechungen von Chequers durch Theunis in Kenntnis zu setzen. Tatsächlich hat der Quai d'Orsay am Mittwoch von Brüssel einen ausführlichen Bericht darüber erhalten, der nach den Mitteilungen, die der französischen Presse von der zuständigen Stelle gemacht worden sind, den guten Eindruck befähigen soll, den die beiden belgischen Minister von London gebracht haben. Die Russprache sei zwar nicht in Einzelheiten der in Aussicht genommenen Lösung eingebracht, habe aber nicht nur den Willen zu gegenseitiger Verständigung erkennen lassen, sondern auch die Möglichkeiten dazu dargelegt. In der Unterredung des englischen Botschafters mit Poincaré scheint weiterhin auch von der Möglichkeit einer Zusammenkunft zwischen den beiden Ministerpräsidenten gesprochen worden zu sein. Wenn auch Endgültiges noch nicht vereinbart worden sein dürfte, so kann doch nunmehr als sicher gelten, daß Ramsay Macdonald und Poincaré noch im Laufe dieses Monats zu einem direkten Meinungsaustausch zusammentreffen werden.

Gutachten und Räumungsfrage.

Paris, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der „Temps“, der bisher aus tatsächlichen Gründen so getan hatte, als wüßte er die locale Erfüllung der von den Sachverständigen vorgeschlagenen Lösung nicht nur durch Deutschland, sondern auch durch die eigene Regierung, enthüllt am Donnerstag in einem Kommentar zu der Unterredung des englischen Botschafters mit Poincaré am Mittwoch sein wahres Gesicht. Das Blatt, das von der in Aussicht genommenen persönlichen Russprache zwischen Ramsay Macdonald und Poincaré eine Schwächung der faktischen Position Frankreichs befürchtet, sagt: es habe keinen Zweck, über Einzelheiten zu diskutieren, solange die deutsche Regierung nicht die zur Durchführung des Programms nötigen Schritte vorgelegt habe. Um Argumente für diese These ist der „Temps“ nicht verlegen, und er schreitet dabei auch nicht vor Fälschungen zurück. Er behauptet z. B., daß nicht nur das Kabinett Stresemann bereits zahlreiche Vorbehalte formuliert habe, sondern daß auch die deutsche Sozialdemokratie die geforderte Umwandlung der Eisenbahnen in eine Privatgesellschaft bekämpfe. Er kommt deshalb zu dem Schluß, daß, wenn schon das Programm der Sachverständigen labortiert werden sollte, es besser sei, wenn dies von deutscher Seite als von französischer Seite geschehe. Das Blatt befürchtet, daß in einer Besprechung zwischen den beiden Premierministern die Frage der Räumung des Kölner Brückentopfs, die nach dem Friedensvertrag am 1. Januar 1925 zu erfolgen hat, zur Sprache kommen werde. Es scheint, daß die Deutschnationalen, die jetzt aus Ruher können, eine dahingehende Verpflichtung der alliierten Regierungen als Vorbedingung für die Ausführung des Expertenprogramms verlangen. Davon könne natürlich keine Rede sein. Stillschweigen hat in dieser Frage auch England ein entscheidendes Wort mitzureden, das die französische These, wonach die Bauarbeiten für die Befestigung des Rheinlandes noch nicht begonnen haben sollen, bisher mit aller Entschiedenheit abgelehnt hat.

Alliiertenkonferenz anfangs Juni.

London, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die neuesten hier umgebenden Versionen besagen, daß die persönliche Vespredung zwischen Poincaré und Macdonald noch in diesem Monat und die alliierte Konferenz Anfang Juni stattfindet.

Liberalen und Arbeiterregierung.

Bedingte Unterstützung.

London, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der liberale Führer Asquith hielt am Mittwoch in Chelmsford eine Rede, in der er erklärte, daß die Arbeiterregierung ihre heutige Stellung unmittelfar nur der liberalen Partei verdanke. Es liege heute kein Grund vor, diese Tatsache zu verdrängen. Die Liberalen hätten es als ihre dringende Pflicht empfunden, die Arbeiterregierung solange tatkräftig zu unterstützen, als ihre Politik sich auf liberaler und demokratischer Grundlage bewege. Man dürfe die Schwierigkeit einer solchen Situation natürlich nicht verlernen; wenn aber die Politik der Arbeiterregierung nicht liberale und demokratische Grundlage verliere, so fände es in der Macht der Liberalen, sofort ihre eigene Politik zu betreiben.

Regierung und Schutzölle.

London, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Finanzminister Snowden erklärte in der Fraktionsführung der Labour Party, daß der Kabinettsbeschluss, die Mac-Kenna-Saarföfle aufzuheben, unabänderlich sei. Die Meinungen über Weinungs- und Schutzölle wegen dieser Frage im Kabinett werden dem „Daily Herald“ in aller Form dementiert.

Dänemark rüstet ab.

Kopenhagen, 8. Mai. (E. B.) Der neue Kriegsminister Rasmussen erklärte einem Berichterstatter, er bereite zum Herbst eine Gesetzesvorlage über eine vollkommene militärische Abrüstung Dänemarks vor. Von dem gegenwärtigen Heere sollen nur Polizeitruppen auf dem Lande und auf dem Wasser übrig bleiben. Das Militärbudget solle auf jährlich 10 Millionen Kronen herabgesetzt werden. In der rechtsgerichteten Presse hat bereits eine heftige Kampagne gegen den Plan Rasmussens eingesetzt.

Bom Auswärtigen Amt. Der Wirkliche Legationsrat und Direktoren Dr. Gaus ist zum Ministerialdirektor ernannt worden.

Gewerkschaftsbewegung

Die Arbeitszeit in Krankenhäusern.

Eine Reihe von Klägern, die im Kaiserin-Auguste-Viktoria-Krankenhaus in Arbeit standen, klagten beim Arbeitsgericht ihre Entlassung auf Grund des § 84 B.G.B. an. Sie sind anfangs April gekündigt und Ende März entlassen worden, weil sie sich weigerten, den Zehnstundentag, der infolge der am 1. April in Kraft getretenen Verordnung über die Arbeitszeit in Krankenpflegeanstalten zulässig ist, anzuerkennen.

Die Kläger sagen: Wir haben uns nicht unter allen Umständen gewweigert, länger als 8 Stunden zu arbeiten, aber wir konnten uns nicht am 1. April auf den Zehnstundentag verpflichten, denn damals schwebten noch Verhandlungen beim Schlichter, von denen wir eine für uns günstigere Regelung der Arbeitszeit erwarteten. Eine solche war an sich möglich, da ja die Verordnung sagt die Arbeitszeit kann bis 8 Stunden wöchentlich ausgedehnt werden. Daraus folgt, daß auch eine längere Arbeitszeit vereinbart werden darf. Nachdem der Schlichter am 16. April eine Entscheidung getroffen hatte, die für das Pflegepersonal den Zehnstundentag festsetzt, das übrige, nicht unmittelbar der Pflege dienende Personal aber der allgemeinen, für alle Arbeiter geltenden Arbeitszeitverordnung unterstellt, waren wir bereit, uns dieser Entscheidung zu unterwerfen, wenn die Anstaltsleitung mit einem dahingehenden Verlangen an uns herangetreten wäre. Statt dessen hat sie uns nach Ablauf der Kündigungsfrist entlassen. Die Verordnung vom 13. Februar 1924, welche die Arbeitszeit in Krankenanstalten regelt, sagt, daß der Reichsarbeitsminister bzw. die Verwaltungsbehörden bestimmen sollen, welche Arbeiten als unmittelbar der Krankenpflege dienend anzusehen sind, über deren Bestimmung sind bis jetzt keine Entschlüsse gefasst. Nach unserer Auffassung war keiner der Kläger mit der unmittelbaren Krankenpflege betraut, denn es sind Heizer, Maschinenführer, Handwerker, Wäscherinnen, Näherinnen usw., sie gehören also zu dem Personalfreie, für den nach der Entscheidung des Schlichters die allgemeine Arbeitszeitverordnung gelten mußte.

Das Gericht erkannte nur bezüglich eines Klägers, der als Hausknecht beschäftigt war, auf Wiedereinstellung oder Entschädigung mit 500 M. Alle übrigen Kläger wurden abgewiesen mit folgender Begründung: Die Kläger arbeiten nach einem Tarifvertrag, der am 31. März abgeschlossen war, aber auf die einzelnen Arbeitsverträge übergegangen ist. Die Verordnung vom 13. Februar 1924, die am 1. April in Kraft getreten ist, regelt die Arbeitszeit anders. Arbeitsverträge können zwar nicht einseitig aufgehoben werden, aber im vorliegenden Falle ist durch Gesetz, nämlich durch die Verordnung vom 13. Februar 1924, angeordnet, daß die Anstaltsleitung Dauer und Verteilung der Arbeitszeit regelt. Hiernach kann also die Verwaltung den Arbeitsvertrag ändern. (1) Das ist kein Zwangsrecht, denn schon seit 1908 (!) besteht die Absicht, die Arbeitszeit in Krankenpflegeanstalten so zu regeln, daß die Bedürfnisse der Kranken geschützt werden. (Was also bisher nicht der Fall war.) Diese Regelung ist durch das Gesetz vom 13. Februar erfolgt. Daß dadurch das Krankenpflegepersonal gegenüber anderen Arbeitnehmern schlechter gestellt wird, ist richtig, aber das ist durch den Beruf des Pflegepersonals und den Belangen der Kranken begründet. (2) Die Regelung der Arbeitszeit ist nach dem Gesetz den Anstaltsleitungen überlassen. Die Leitung hat die Arbeitnehmer aufgefordert, zu erklären, ob sie 10 Stunden arbeiten wollen. Sie haben es abgelehnt. Das durften sie nicht. (3) Die Arbeitszeit kann zwar durch Tarifvertrag anders festgesetzt werden, aber die Anstaltsleitung hat nach dem Gesetz das Recht, selbst regeln einzugreifen. (4) Sonach hätte eine Anstaltsleitung über dem Magistrat. Die Arbeiter und Angestellten mußten sich dem fügen und wenn sie klag gewesen wären, hätten sie es auch getan. Nachdem die Arbeiter abgelehnt hatten, konnte es die Anstaltsleitung nicht darauf ankommen lassen, ohne Personal dazuziehen. Sie mußte sich also nach anderem Personal umsehen. (Daher die Entlassungen!) Nachdem der Schiedsrichter des Schlichters vorlag, war es nicht Sache der Anstaltsleitung, die Arbeiter zu fragen, ob sie zu diesen Bedingungen arbeiten wollen, sondern die Arbeiter hätten erklären müssen, daß sie es tun wollen. (5) Das ist aber nicht geschehen. Ausführungsbestimmungen, die sagen, welche Arbeiten der unmittelbaren Pflege der Kranken dienen, liegen noch nicht vor. Das Gericht ist der Meinung, daß Wäscherinnen, Näherinnen, Heizer für die unmittelbare Krankenpflege arbeiten. (6) Nur für den Schlosser trifft das nicht zu.

In demselben Sinne entschied das Gericht in einem anderen Falle, der das Jüdische Krankenhaus betrifft.

Schiedspruch für die Musikinstrumentenindustrie.

Nach ist der Kampf der Berliner Musikinstrumentenarbeiter in frischer Erinnerung und schon drohen neue Differenzen. Das letzte Lohnabkommen, das nach Abschluß der Bewegung einen Lohn bis zum 15. April von 60 Pf. vorsah, wurde vom Holzarbeiterverband gefordert und ein Zuschlag von 45 Proz. gefordert. Die darüber geführten Verhandlungen brachten infolge des hochmütigen Verhaltens der Arbeitgeber keine Verständigung, so daß auf Antrag derselben am 5. Mai der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin einen Schiedspruch fällte, wonach der Lohn eines Facharbeiters 84 Pf. beträgt und im übrigen eine Erhöhung aller Lohn- und Akkordtarife, die in der Woche vom 20. bis 27. März bestanden haben, von 40 Proz. vorsieht. Diesem Schiedspruch wurde von den Arbeitnehmern zugestimmt, wogegen die Arbeitgeber denselben abgelehnt haben.

Es wurde zwischen den Parteien eine Bepfehlung zum 7. Mai vereinbart, in der die Arbeitnehmerkommission die Begründung entgegennehmen sollte. Nach dieser Aussprache ist interessant festzustellen, daß die juristische Vertretung des Arbeitgeberverbandes vom Schlichtungsausschuß einen Kommentar zum Schiedspruch verlangt und dem Holzarbeiterverband die Zustimmung stellte, diesem Schiedspruch durch dieselbe Kommission des Schlichtungsausschusses eine den Arbeitgeberern genehme Auslegung zu geben. Das mußte der Holzarbeiterverband ablehnen, da für ihn der Schiedspruch klar ist.

In dieser Industrie wird es in absehbarer Zeit zu keiner Ruhe kommen, dafür sorgt die Leitung der Arbeitgeber, die ihren Mitgliedern alle möglichen Verpflichtungen, die die Arbeitnehmer schuldig sind, auferlegt. Nicht nur, daß die Freizügigkeit des einzelnen durch schwarze Listen unterbunden wird, trägt Erbitterung in die Arbeitnehmererschaft der Branche, sondern darüber hinaus sollen mit dieser Maßnahme die Löhne auf einen unerträglich niedrigen Stand gehalten werden.

Auch in bezug auf Benutzung des Arbeitsnachweises ist die Tarifstreue verschiedener Mitglieder des Arbeitgeberverbandes sehr bedenklich. Wenn auch nicht zu verkennen ist, daß gute Spezialkräfte rar sind, stehen jedoch immer noch solche bei anständiger Ent-

lohnung zur Verfügung, allerdings nicht für Böhne, wie die Herrschaften sie zu zahlen beliebten. Täglich erscheinen spaltenlange Gesuche nach Arbeitnehmern in der „Volks-“ und anderen Zeitungen, und zwar sind es ausschließlich Firmen, welche die erbärmlichsten Löhne zahlen, die demgemäß auf gute Arbeitskräfte Anspruch nicht erheben können. Würden die Inseratengebühren für anständige Löhne verwandt werden, dann könnte der Bedarf an Arbeitskräften unweigerlich vom Arbeitsnachweis gedeckt werden.

Die Berliner Musikinstrumentenarbeiter werden innerhalb der Betriebe ein wachsendes Auge haben, um das sogenannte „Abstoßen der Buden“ zu verhindern, damit die Arbeitsvermittlung auf ordnungsmäßigem und tariflichem Wege vor sich geht. Hinsichtlich der Löhne gilt der unveränderte Schiedspruch, der von Arbeitnehmerseite anerkannt und durchgeführt wird.

Lohnvereinbarung in der Damenkonfektion. Kommunisten und Zwischenmeister Arm in Arm.

In einer gut besuchten Versammlung der in der Damenkonfektion (Mantel und Kostüm) beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen berichtete Schindler vom Bekleidungsarbeiterverband über den Streik der Zwischenmeister der Branche. Dieser Streik wird von den Zwischenmeistern gegen die Fabrikanten bezogen geführt, weil die letzteren sich nicht mehr dazu verstehen konnten, den Zwischenmeistern ihren vollen Gewinnanteil an den Arbeitsstunden zu garantieren. Die Fabrikanten wollten lediglich 50 Proz. Betriebsunkostenvergütung zahlen, die Festsetzung des direkten Gewinnes aber der Einzelregelung zwischen Fabrikanten und Zwischenmeistern überlassen. Da eine Einigung nicht zustande kam, stellten die Meister ihre Tätigkeit ein und zwangen dadurch die bei ihnen Beschäftigten gleichzeitig zum Streik.

Von den streikenden Meistern ebenso wie auch vom kommunistischen Schneidersverband, Richtung Schumacher, wird in Pressenachrichten die Mitteilung verbreitet, daß die Arbeitnehmer mit den Zwischenmeistern gemeinsam für die Ziele der Meister streifen. Schindler stellte fest, daß nur die kommunistische Organisation den Zwischenmeistern zu Hilfe geist ist, daß allerdings jetzt schon eine ganze Anzahl dieser Hilfsgruppen mit der Anfrage an den Bekleidungsarbeiterverband herantreten ist, warum sie eigentlich streifen. Es ist also zu konstatieren, daß der Schumachersche Verband nur in Opposition zum Bekleidungsarbeiterverband, also der Organisation der Arbeiter, steht und daß es ihm leicht fällt, Solidarität mit den Zwischenmeistern zu üben. In einer von ihm einberufenen Versammlung ließ sich Schumacher die Richtigkeit seiner Taktik bestätigen. Er war sich aber offenbar seiner eigenen Mitglieder nicht sicher; er hatte zu dieser Versammlung nicht nur seine Verbandsmitglieder, sondern auch die Zwischenmeister eingeladen und auch sonst ohne jede Kontrolle jeden hereingelassen, der sich über kommunistische Gewerkschaftsführung informieren wollte. Die Enttäuschung über diese kommunistische Auffassung vom Klassenkampf war in der Versammlung groß. Die Anwesenden waren der Ansicht, daß bei solcher Gewerkschaftsführung die Rückkehr der belagerten und betrogenen Mitarbeiter Schumachers zum alten Verband nicht mehr lange auf sich warten lassen wird.

Schindler konnte anschließend daran noch die neue Lohnvereinbarung mit den Fabrikanten mitteilen. Es erhalten ab 2. Mai Bügler einen Spitzenlohn von 80 Pf. pro Stunde, während die Spitzenlöhn für Frauen 45 Pf. resp. 60 Pf. betragen. Ueber den Stand der Manteltarifverhandlungen berichtete der Referent, doch durch den Streik der Zwischenmeister der Abschluß verzögert worden ist. Die Lohnvereinbarung wurde angenommen.

Zur Aussperrung in der A.G.W. (Apparatefabrik).

Die vollständig ungenügende Entlohnung der Berliner Metallarbeiter in den Betrieben des Verbandes Berliner Metallarbeiter gab die Veranlassung dazu, daß 500 Transportarbeiter und 80 Akkordarbeiterinnen der Apparatefabrik durch den Betriebsrat auf Besserung ihres Verdienstes forderten, die von der Betriebsleitung der A.G.W. abgelehnt wurde. Erhalten doch die Transportarbeiter Wochenlöhne von 14 bis 16 Mark, die Arbeiterinnen solche von 9 bis 12 Mark trotz intensiver Akkordarbeit. Nach Ablehnung irgendwelcher Zugaben durch die Betriebsleitung legten die genannten Arbeitergruppen die Arbeit nieder, worauf die Betriebsleitung nach der Vorchrift ihrer Verbandsleitung kurzer Hand ihren Betrieb schloß und somit 10000 Arbeiter auf die Straße warf.

Die Fabriksleitung verlangt nunmehr die bedingungslose Aufnahme der Arbeit für Montag, den 12. Mai, und ist bereit, mit dem Ausschuh des gesamten Betriebes über eventuelle Zugaben für die betreffende Arbeitergruppe zu verhandeln. Die Mitglieder des D.M.V. werden aufgefordert, sich am Sonnabend, den 10. Mai, vormittags 10 Uhr, im Verbandsbureau, Linienstraße 83/85, zwecks Stellungnahme zur Aussperrung zu versammeln. Als Ausweis dient das Mitgliedsbuch.

Daneben getreten.

Das Berliner Kommunistenblatt tischte seinen Lesern gestern morgen in der Beilage zu Nr. 46 u. a. eine Schwindelgeschichte auf. „Unternehmerliche“ übersärieben. Bei der Firma Kau u. Förster, Wiener Str. 10, sei ein junger Arbeiter sofort entlassen worden, weil er am Sonntag kommunistisch gewöhlt hat. Arbeitskollegen hätten vom Chef der Firma seine Entlohnung deswegen gefordert und der SPD-Betriebsrat habe dieses Verlangen unterstützt. Es sei dies ein typisches Beispiel dafür, wozu diese (Welche? D. Red.) Arbeitsgemeinschaften der Reformisten führe, die in ihrer blinden Wut gegen andersdenkende Arbeiter den Terror der Unternehmer „gegen revolutionäre, klassenbewußte Arbeiter“ unterstützen. Mit Ekel müsse sich jeder anständige Arbeiter von solchen Hejosten abwenden.

Der Betriebsrat der genannten Firma teilt uns mit, daß an der ganzen Geschichte kein Wort wahr ist. Bei der Firma ist in letzter Zeit niemand entlassen worden. Man konnte sich nicht denken, wieso das Blatt zu dieser Lathemachricht kommt. Da erinnerte man sich eines jenseitigen Arbeiters, der in voriger Woche die Arbeit aufgenommen, sich jetzt aber seine Papiere wiedergeholt hat, weil ihm, wie er sich zu seinen Arbeitskollegen — schon vor der Wahl, bald nach Aufnahme der Arbeit — äußerte, die Arbeit nicht zuzugie. Offenbar sind dem betreffenden Arbeiter Vorhaltungen deswegen gemacht worden, da er nun wieder arbeitslos war, worauf er sich zur Entschuldiguna die Entlassungsgeschichte zusammengeremst hat. „In ihrer blinden Wut gegen andersdenkende Arbeiter“, lassen sich die Kommunisten solche Räuberpropaganda aufhängen, um klassenbewußte sozialdemokratische Arbeiter als Hejosten zu beschimpfen. Daß jeder anständige Arbeiter sich mit Ekel von solchen Treiben abwendet, ist zweifellos.

Können Gewerbegerichte Kostenzuschüsse erheben?

In einer Anweisung an die Landesregierungen und Sozialministerien des Reichsarbeitsministers wird diese Frage verneint. Da einzelne Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in der letzten Zeit dazu übergingen, bei der Klagerhebung vom Kläger einen Kostenzuschuß zu erheben, sah der Reichsarbeitsminister sich veranlaßt, ein solches Verfahren als unzulässig zu bezeichnen. Das Gewerbegerichtsgesetz sieht nirgends eine Kostenzuschußpflicht vor, außer einem Zuschusse für die Ladung von Zeugen oder Sachverständigen. Die Verweisung auf das Gerichtskostengesetz ist falsch, da die Vorschriften dieses Gesetzes auf die Gewerbegerichte und die Kaufmannsgerichte keine Anwendung finden.

Zur Betriebsaufnahme der Badischen Anilinfabrik.

Die Regierung der Rheinpfalz richtete unter Hinweis auf die heute erfolgende Wiederaufnahme des Betriebes einen Aufruf an die Arbeiterschaft zur Ruhe und Besonnenheit. Wer arbeiten wolle, müsse sich frei entscheiden können und dürfe nicht durch Gewalttätigkeiten daran gehindert werden. Genen gewolltame Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung sind Maßnahmen getroffen. Auf die Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuches über Bedrohung, Rädigung, Landfriedensbruch usw. wird hingewiesen.

Spruch für die Metallindustrie Nordwest.

Die LL. meldet aus Bochum: Unter dem Vorsitz des stellvertretenden Reichskommissars Schöbel trat heute nach Scheitern von Einigungsverhandlungen eine Schlichtungskammer zusammen, um eine Entscheidung über die von den Gewerkschaften geforderte Lohn- und Gehaltserhöhung zu treffen. Die Schlichtungskammer kam zu folgendem Beschlusse: Angesichts der unübersichtlichen Lage in der Metallindustrie Nordwest wird die Entscheidung über die Anträge der Gewerkschaften auf Donnerstag, den 15. Mai, vertagt. Beide Parteien erklärten, sich für die künftigen Verhandlungen vollständig freie Hand vorzubehalten.

Die Arbeitslosigkeit im besetzten Gebiet.

Köln, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Im besetzten Gebiet der Rheinprovinz betrug die Zahl der unterstützten Erwerbslosen am 1. Januar 1924 740 607, am 1. Februar 589 607, am 1. März 416 927, am 1. April 262 099. Die Zahl der Bollerwerbslosen wird vermutlich bis auf 200 000 zurückgegangen sein.

Zum Schlichter für den Bezirk Brandenburg und die Grenzmark wurde der Oberregierungsrat Dr. Grabein im Reichsarbeitsministerium bestellt. Das Geschäftszimmer des Schlichters ist in Berlin NW. 40, Scharnhorststr. 35 (Nordend 2831).

Ueber die Streiflage in Oberschlesien berichtet Mit.: Auf einer weiteren Grube haben 30 Proz. der Belegschaft die Arbeit aufgenommen. Der Streikbeschlus der Betriebsräte der Metallarbeiter hat nicht die befürchtete Wirkung gehabt. Außer der Kaatlichen Hütte in Gleiwitz streifen sich geteilt die „Julien-Hütte“ und die „Kaden-Hütte“. In den Werken von Deichsel in Hindenburg ist die Arbeit voll wieder aufgenommen worden. Ein Mittwoch nachmittags verbreitetes Flugblatt, das unterzeichnet ist von den „Roten Betriebsräten“ und zum Generalstreik der Berg- und Hüttenarbeiter auffordert, trägt auch die Unterschriften der Gewerkschaften, die jedoch hierzu nicht ihre Ermächtigung gegeben haben.

In der Mannheimer Metallindustrie sind die gestern zur Beilegung des Konflikts geführten Verhandlungen abermals ergebnislos verlaufen. Man rechnet damit, daß die Verhandlungen in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden.

Wegen der Meißeler hat das Osabrücker Kupfer- und Drahtwerk 1800 Arbeiter fristlos entlassen.

Transportarbeiter und -arbeiterinnen der Berliner Metallindustrie.

Seit abend 6 1/2 Uhr allgemeine Versammlung aller Billa-, Transport-, Sackarbeiter und -arbeiterinnen der Berliner Metallindustrie in den Germania-Sälen, Chausseestr. 110. Bekanntes Schließen aller in der Industrie Beschäftigten wird bestimmt erwartet.

Abenda. SPD-Metallarbeiter! Am Montag, den 12. Mai, abends 7 Uhr, in der Schulstra. 28. Versammlung aller SPD-Metallarbeiter. Sehr wichtige Tagesordnung. Jeder muß erscheinen. Parteilosheit legitimiert. Der Fraktionsverband.

Handelsreisende der Cargos-Konfektion und der Krawattenbranche! Die neuen Lohnabkommen treten ab 5. Mai in Kraft. Wähle sind im Bureau des Deutschen Verkehrsverbandes, Zimmer 22, Engelstra. 24/26, gegen Mitgliedsausweis erhältlich.

Verantwortlich für Politik: Groß Reuter; Wirtschaft: Erich Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Götze; Revolution: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Erich Kahlert; Wissenschaft: Th. Dietz; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen.



fordert den Vorkaufbau durch hohen Nährwert und höchste Bekanntheit
HARTWIG & VOGEL G. DRESDEN

G. n.-Vertr.: Besser & Müller, Berlin S 61, Bärrwaldstr. 69. Inw.: Marzip 953

Dungeneibende (Zol) — Asthmatischer — nehmen die innerhalb kurzer Zeit im In- und Auslande berühmte gemiddelen O.H.E. Tabletten. Gutachten von namhaften Ärzten, Sanatacten, Krankenhäusern, sowie eine große Anzahl oft überdringlicher Zeugnisse von Ärzten liegen vor. Nach Anweisung von ersten Lungenerkrankten wirkt O.H.E. noch stärker in vorgerichtetem Stadium (großes Wagnis und Herz nicht an). Durch alle Apotheken erhältlich. Preis 2 Mark in Berlin in der Simonstr. 17, Spandauer Straße 17, und Barroffs-Apothete, Kurfürstendamm 164. Originalanpreis 3 Goldmark pro Karton.
Oskar Heinrich Ernst, Fabrik pharmazeut. Präparate, Kempten (Allgäu).

Eine Schule des Geschmacks,

das ist die gute Massary-Zigarette für all die vielen gewesen, die sie heute keinen Tag entbehren können!
Kleine Massary 2 1/2
Urteilen Sie selbst!

Beratung des Stadthaushalts.

Zurückweisung der Angriffe auf Stadtschulrat Paulsen.

Die Generaldebatte über den Stadthaushaltsplan wurde gestern zu Ende geführt. Nachdem die Redner der kleineren Fraktionen zu Worte gekommen waren, gab es noch eine Nachlese. Genosse Reimann antwortete auf die Ausführungen der bürgerlichen Redner. Dabei wies er die gütigen Angriffe, die gegen Stadtschulrat Paulsen gerichtet worden waren, nachdrücklich zurück. Wie die Bürgerlichen nicht gern einen Sozialdemokraten als Beamteten sehen möchten, so hätten sie auch in unserem Genossen Paulsen vor allem den Sozialdemokraten. Die Debatte zog sich bis in die zehnte Stunde hin.

In der gestrigen erdenschlichen Sitzung wurde alsbald nach 5 Uhr die erste Besetzung des

Stadthaushalts für 1924

fortgesetzt. Merseu (Dem.) erkannte an, daß in dem neuen Entwurf gegenüber dem Vorjahr ein bedeutender Fortschritt gemacht ist, daß die Stabilisierung der Währung auch der städtischen Wirtschaft wieder ein festeres Fundament verliehen hat; es müsse aber namentlich an dem Abbau des überhöhten Verwaltungsapparates schon im Interesse der Steuerzahler energisch weitergearbeitet werden, denn das Einkommen aus Arbeit und Gewerbe sei im Vergleich zu 1913 fast doppelt so hoch mit Steuern belastet. Die Lage bleibe schwierig, nachdem der Stadt durch die jüngsten Bestimmungen von Reichsmorgen schwere neue Lasten zur Wohlfahrtspflege und bergelassen aufgelegt worden seien. In diesem Zusammenhang glaubte Herr Merseu gegenüber unserem Genossen Dr. Vohmann eine Forderung für die private freiwillige Arbeitsbeschäftigung stellen zu müssen, von der er sich sogar einen milderen Einfluß auf die bürokratische Schroffheit und Engherzigkeit verspricht. Natürlich finden auch die Privatschulen in dem Redner einen berechneten Anwalt, wie er selbstverständlich auch diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen konnte, um seiner Gegnerschaft gegen den Stadtschulrat Paulsen und gegen die weltliche Schule die Fäden zu ziehen.

Für die Wirtschaftspartei trug Müller-Franken abermals das Klageslied des Gewerbestandes vor, der durch die Inflation ruiniert worden sei, und legte den Parteien, die sich heute so viel auf die Schaffung der Rentenmarkt zugute tun, die verjüngliche Frage vor, warum sie die Stabilisierung erst durchgeführt hätten, nachdem die Ausraubung und Enteignung des Mittelstandes eine Tatsache geworden sei. Und sei es etwas anderes als

eine brutale Enteignung, wenn die Stadt das Milliardendefizit von 1922 infolge der Inflation auf Abrundungskonto veruchen und tigen konnte? Die Steuererhebung müsse zugunsten des kleinen und mittleren Geschäftsmanns und im Interesse der Hebung des Rationalisiermögens grundsätzlich reformiert werden, das Recht der Zuschläge auf die Einkommensteuer sei den Kommunen zurückzugeben und so das Unrecht der Revolutionzeit wieder gutzumachen, nur auf diesem Wege werde echte Mittelstandsfreundlichkeit bewahrt werden.

Der Redner des Zentrums Dr. Salzhuber legte sich zunächst mit dem Genossen Dr. Vohmann auseinander, der sein Bedauern darüber ausgesprochen habe, daß auch das Zentrum in der Schulpolitik von der Reaktion ins Schlepp genommen worden sei. Dr. Vohmanns Befremden sei durchaus unangebracht; in der Frage der weltlichen, d. h. antireligiösen Schule trenne das Zentrum eine Weltanschauung von der Ethik. Auch in der grundsätzlichen Stellung zum Stadtschulrat Paulsen habe sich im Zentrum nichts geändert. Den Vorwurf, daß die Bürgerlichen den

Magistratsabbau in unfinnischer Weise betrieben hätten, glaubte der Zentrumsvorredner mit dem Hinweis entkräften zu können, daß der Oberbürgermeister dem Ausschuss erklärt habe, mit laudabelen Stadträten weniger auskommen zu können. Als letzter Redner der ersten Garnitur kam dann wieder einmal Herr Richard Runze (Deutschnational) zum Wort. Er stellte die wachsende Entwertung aus der Rentenmarkt als Tatsache hin und forderte schärfste Einschnitten gegen den schandbaren Zinswucher der Banken und ihrer Hintermänner. Umgehend müsse die Steuererhebung zugunsten der Kommunen geändert werden.

Der Rämmerer Karding stellte gegenüber Merseu einige Ziffern über die Erträge der städtischen Werke richtig und wehrte sich gegen den von Vohmann erhobenen Vorwurf, daß die städtische Finanzverwaltung eine Politik der verpöhten Gelegenheiten

und Möglichkeiten getrieben habe. Die Geldentwertung und der Mangel an Vertrauen und später an Geld bzw. Kredit sei an allem schuld; die städtischen Anleihen hätten eben Kraxlo gemacht. Hoffentlich werde bald wieder auch für städtische Zwecke das Privatkapital sich bereitfinden lassen.

In dieser Stelle wurde die Wahl von drei Mitgliedern und drei Stellvertretern für den Ausschuss der Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin m. b. H. eingeschoben. Die Sozialdemokraten, Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei und die Demokraten hatten je eine Liste eingereicht. Die Liste Gutschmidt (Soz.) erhielt 70, Liste Bender (Dnat.) 33, Liste Reuffer (D. Vp.) 33, Liste Weber (Dem.) 30. Gewählt sind Gutschmidt (Soz.), Bender (Dnat.), Reuffer (Dem.). Für die Stellvertreterwahl fand ein weiterer Wahlgang statt, in dem u. a. Czeminiski (Soz.) gewählt wurde.

Einen Dringlichkeitsantrag Richard Runze, den Verkauf der Ländereien am Wannsee eventuell durch Enteignung rückgängig zu machen und dafür Sorge zu tragen, daß die Wälder und Ufergehände der Seen und Flüsse der Bevölkerung erhalten bleiben und nicht mehr in Privatbesitz übergehen, überwies die Verwaltung dem Haushaltsausschuss. Die Vorlage betreffend die Reichsstandsarbeiten der Tiefbauverwaltung gelangte in der zweiten Beratung zur Annahme. Die vom Magistrat vorgeschlagene Umwandlung der 308. Gemeindeschule in eine Lebensgemeinschaftsschule wird in einem Ausschuss auf ihre Durchführbarkeit geprüft werden.

Hiermit kehre die Beratung zur ersten Besetzung des Stadthaushaltsplans zurück.

Genosse Reimann erkannte den verständlichen Ton an, der diesmal besonders von Dr. Steiniger angeschlagen sei und trat gleichzeitig der Behauptung der Redner der Rechten entgegen, daß Genosse Dr. Vohmann seine Haushalterrede polemisch angelegt habe. Jeder könne man heute nicht behaupten, daß die städtischen Werke noch Rußherd betriebe seien; es sei mehr als fraglich, ob der rapide dort betriebene Abbau bei den so geluntenen Wägen überhaupt werde aufrecht erhalten werden können. Jedenfalls müsse einen der Interessen der Verbraucher möglichst gerecht werdenden Prolegestaltung auch dieser Geschäftspunkt scharf im Auge behalten werden. Beim Personalabbau seien selber vielfach politische, nicht sachliche Momente maßgebend ins Gewicht gefallen; einseitig habe man

Beamte und Angestellte abgebaut, die sich zum sozialdemokratischen Parteiprogramm bekennen.

Die Ausfälle des Herrn v. Epnern gegen den Stadtschulrat Paulsen seien nicht nur an sich unqualifizierbar, sie seien auch ein Zeichen trassen Unannes angedehnt der überaus schonenden Ausführung des Abbaues im städtischen Schulwesen, während gleichzeitig auf dem Gebiet der praktischen Schulfürsorge in der dreijährigen Tätigkeit Paulsens Außerordentliches geleistet worden sei. Hier spreche lebendig

der Haß gegen den Sozialdemokraten Paulsen das letzte Wort. (Widerpruch rechts.) Ihm spreche die Fraktion und mit ihr die zu ihr siedende Wählerchaft für sein mannhaftes Auftreten im Gebiete des Schulwesens den besonderen Dank aus. (Gebührende Zustimmung links.) Im Anschluß hieran schloß sich Genosse Reimann dann auch noch mit Merseu und Dr. Salzhuber auseinander. — Das Verlangen, sogar die Feuerwehr zugunsten größerer Bewegungsfreiheit der Bezirke zu dezentralisieren, wäre geradezu eine Dezentralisierung der Unvernunft, nicht der Vernunft. Die Ausführungen von Richard Runze gegen den Zinswucher der Banken könne man durchaus unterschreiben; hier aber helfen keine Politationsmittelchen, hier muß die Axt an die Wurzel die kapitalistische Gesellschaftsordnung, gelegt werden.

Inzwischen ist das Ergebnis der Stellvertreterwahl zum Ausschussrat der Wohnungsfürsorge G. m. b. H. ermittelt und wird bekanntgegeben. Das Stimmverhältnis ist 73, 37, 29, 20; gewählt sind Czeminiski (Soz.),

Hayfn (Dnat.); zwischen Hüttchen (D. Vp.) und Weber (Dem.) muß das Los entscheiden, das vom Vorkonferenzvertreter Schmidt gezogen wird und auf Weber (Dem.) fällt.

Als vorletzter Redner zum Stadthaushaltsplan polemisierte v. d. Borcht (Dnat.) gegen Reimann, dem er u. a. das Recht, im Namen der Berliner Arbeiterchaft zu sprechen, bestritt; daneben nahm er das Verdienst, die Rentenmarkt erbaute zu haben, ausschließlich für Helfferich (!) in Anspruch. Die von Dr. Vohmann verlangte einheitliche Verkehrspolitik lehnte Herr v. d. Borcht ab, u. a. mit dem Hinweis darauf, daß das heutige Groß-Berlin ein hypertrophisches, auf die Dauer nicht haltbares Gebilde sei. In das Verdamnisurteil der Bürgerlichen gegen Paulsen glaubte auch er einstimmen zu müssen.

Um 9 Uhr griff auch noch Dr. Caspari (D. Vp.) in die Haushaltserörterung ein, um in der Hauptsache auszusprechen, daß die Beamtensituation der Papiergeldinflation vorausgegangen sei und an der letzten einen großen Teil Schuld trage. Außerdem habe das Verdienst für die Schonung des Berliner Schulwesens beim Abbau nicht etwa Herr Paulsen, sondern der Unterrichtsminister Boelch Herr Paulsen als Gegner der heutigen höheren Schule werde die Deutsche Volkspartei stets aufs äußerste bekämpfen. Nach Caspari trat schließlich Herr Dörr (Komm.) in die Schranken und versuchte den Beweis zu führen, daß auch die Rentenmarkt vornehmlich ein Mittel zur Ausbeutung und Ausladung des deutschen Proletariats durch das Kapital gewesen sei. Der Stadthaushaltsplan ging hierauf an den Haushaltsausschuss, womit die öffentliche Sitzung gegen 110 Uhr ihren Abschluß fand.

Der Mord an der Portierfrau Kaeling.

Zwischen Ehemann und Freundin.

Die 37jährige Rothilde Staverod und der drei Jahre jüngere Theodor Just hatten sich, wie bereits gemeldet, gestern vor dem „Schwurgericht“ des Landgerichts I wegen gemeinschaftlichen Raubmordes, begangen an der 60jährigen Portierfrau Kaeling, zu verantworten. Just war bereits im Dezember v. J. von den Geschworenen des Raubmordes schuldig gesprochen. Das Gericht aber unterließ es, das Todesurteil zu fällen, und hob in der Annahme, daß die Geschworenen sich zumunsten des Angeklagten geirrt hätten, den Wahrspruch der Geschworenen auf. Es stand schon damals fest, daß der Angeklagte sich bei Begehung der Tat in einem Zustand der Trunkenheit befunden hatte, der die Ueberlegung unter allen Umständen ausschließen mußte. Frau Staverod wurde damals von der Anklage der Mithäterchaft freigesprochen und nur wegen versuchten Mordes zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Da aber das Reichsgericht auf Antrag des Staatsanwalts den Freispruch der Geschworenen aufgehoben hat, steht auch sie nun zum zweiten Male unter der Anklage des Raubmordes.

Während der ersten Verhandlung schon die Motive der Tat klar auf der Hand zu liegen. Die Angeklagten sollten die Kaeling ermorden haben, um sich in den Besitz von deren Habseligkeiten zu setzen. Der Plan der Tat sollte, nach Aussage des Just, von der Staverod ausgegangen sein. Die Ausführung sollte er besorgt haben. Nach der Tat wurde die Leiche zerstückelt; man versuchte sie zu töten, um sie dann in das Klosett zu werfen. Als aber diese Prozedur zu langsam vor sich ging, wurden die Reichtümer von der Frau Staverod in Pakete getan, aus dem Hause getragen und teilweise in die Spree geworfen. Die Polizei hatte sich lange Zeit den Kopf darüber zerbrochen müssen, wem der in der Spree aufgeschwemmte, männlich aussehende Rumpf gehören mochte. Nur durch den Lappen, in den der Körper eingewickelt war, konnten die Angeklagten überführt werden. Heute erhielt durch die Aussage der Staverod das Ganze ganz unerwartet ein völlig anderes Gesicht. Die Anklage, die auf Raubmord lautete, mußte von der Staatsanwaltschaft preisgegeben werden. Ein aussergewöhnliches Motive begangener Tat schlag wurde nun den Angeklagten zur Last gelegt. Woher nun die Wandlung? Die Staverod, eine hysterische, leicht aufgeregte Person von ziemlich bösaartigem Aussehen, mit spitzigen Zügen und hagerer Gestalt, will die Kaeling, die unglücklich verheiratet war, schon im Jahre 1917 kennen gelernt haben. Sie sollen nun in nähere Beziehungen getreten sein. Der Zufall fügte es, daß die gleichgeschlechtlich und sadißisch veranlagte Staverod eine Ergänzung in der mafschichtigen veranlagten Kaeling fand. Bismal war die Staverod früher verlobt, einmal verheiratet, doch richtige Fühlung will sie mit den Männern nie gefunden haben. Über auch durch das Verhältnis mit der Kaeling ist keine Ruhe über sie gekommen. Sie wechselte Wohnung auf Wohnung in fruchtlosen Versuchen, von der Freundin loszukommen.

Die Flüchtlinge.

Roman von Johannes Linnankoski.

18]

„Unter uns ist ja gar kein Herr,“ schmunzelte Lutela, langsam die Haare über dem Ohr am Wägenrand zurückstreifend. Auch er legte einen besonderen, leicht ironischen Nachdruck auf das Wort „Herr“ und warf zugleich einen vielsagenden Blick auf den Spazierstock in Kimpiläinens Hand. Die Savolaxer zogen die Augenbrauen hoch: oh! Und Kimpiläin, der merkte, daß die Alten auch nicht aus Klößen geschnitten waren, wie es beiläufig schien, lenkte geschmeidig ein:

„Bauern sind wir ja hier alle — ich meine bloß, wär eigentlich der Wirt is.“

„Von der Wirtschaft verstehen wir alle ein bißchen — im Güterzug kommen noch zwei...“ fuhr Lutela mit wohlwollendem Lächeln fort. „Aber wir Aelteren haben gedacht, zuerst Hand anzulegen!“

„Verteufel gut gesagt, Lutela — wir sind ja doch auch nicht hinterm Mond zu Hause!“ freute sich Reskitalo insgeheim.

„Also paarweis, also paarweis,“ lachte Kimpiläin. „Na, willkommen, und kommen Sie mal auf 'ne Pfeife Tabak!“

Einige gingen weg, die meisten aber blieben noch, um zuzusehen und abzuwarten.

Der Güterzug, den der Personenzug auf der vorhergehenden Station überholt hatte, trat sofort ein.

„Kommt, Jungens, und streck euch ein bißchen die Beine aus, während sie unsere Wagen dort auf die hintere Spur schieben,“ sprach Lutela geschäftig, mit den Frachtkörben in der Hand.

ihnen die dickbesohlten tavaastländischen Stiefel mit einemmal plump und schwer vorkamen. Dann der spöttige Klang der Rede und die fließende Leichtigkeit der Unterhaltung — in all dem war etwas Herrenmäßiges. Dann die Blide und das Lächeln, und als sie noch einige lachen sahen, da fühlten sie sich dumm und ungehobelt und wurden schlechter Laune.

„Kommen sie denn nicht endlich mit den Wagen?“ sagte Bihitori, Lutela fast ansahend.

„Nun nun, es wird bald so weit sein,“ erwiderte Lutela, sich zu ihnen gesellend. „Nur keine Eile, Jungens,“ lachte er mit seinem stillen Lächeln. „Wir werden auch schon noch lachen, wenn wir erst an den Ader herankommen!“

Das tröstete die Burschen ein wenig. Sie gingen nach dem Pumpenhause zu.

Lutela aber lächelte immer noch und spazierte dahin, die erforschten Pfeife in der einen Hand, mit unten gerade abgeschliffenem Haar und flacher Wähe wie ein wohlwollender Scheunentobold inmitten der Menschenmenge, und im Scherz zwinkerte er manchmal den Savolaxern zu. Er sprach mit Reskitalo, dem Stationsvorsteher und dem Stationsdiener, gab den Frauen der Tagelöhner, die beim Treiben des Viehes helfen sollten, Anweisungen — alles leise, mehr durch einen Blick als durch Worte. Der Alte erschien auch den Savolaxern nicht uneben.

Nachdem der Zug schließlich abgefahren war, konnte man sich an das Umzugsgut machen.

Das Vieh, der langen Reise überdrüssig, setzte sich in Trab, so daß der ein paar Zoll tiefe Schnee mit dem Kies in der Luft herumflog. Dort stesfen die Tagelöhnerfrauen, Hanna und die Burschen, dort kreuzten sich die savolaxischen und die tavaastländischen Zurufe in dem eiligen Durcheinander.

Reskitalo und Lutela trugen für die Pferde Sorge, die übrigen Sachen nuckten bis morgen bleiben.

Lutela war guter Laune, während er Viina vor den prächtigen Brautwagen spannte. Er glaubte sich gleichsam schon mit der Vertikalität vertraut und nickte fast wie ein alter Bekannter mit dem Kopf, als er an den von der Station aufbrechenden Savolaxern vorbeifuhr.

Am Eingang zum Jaunweg des Gutshofs machten die Antömminge für einen Augenblick halt, schauten nach dem Gehöft und bekreuzten sich: da beginnt es nun!

Nachdem die Kühe angekettet und die Pferde im Stall untergebracht waren, nahmen sie noch eins und das andere vom Wagen. Auch die alte Frau war auf den Hof gekommen, um nach ihnen zu sehen und sie zum Einzugskafee zu rufen.

„Was fehlt denn der Heila?“ fragte Lutela warm das Mädchen, das mit hängendem Kopf etwas zur Seite stand.

„Hier ist ja nichts wie in Tavastland!“ sagte sie mit weinerlicher Stimme und ließ den Kopf noch tiefer sinken.

„Wart' nur ein bißchen,“ tröstete Lutela leise. „Bald haben wir uns hier mit vereinten Kräften ein Stück Tavastland geschaffen!“

Er bemerkte zu seiner Verwunderung, daß auch alle anderen niedergeschlagen und stumm waren — wie wenn sie sich in ihren Gedanken verloren hätten und gar nicht hinein gehen wollten.

„Donnerwetter, auch mal, wie sich die Ede dort gefest hat!“ rief er, nach dem nebenstehenden Speicher sehend. Dann rief er sich mit scherzendem Eifer die Hände, wie wenn er zupacken wollte, und fügte hinzu:

„Was meinst du, Reskitalo, wollen wir sie nicht gleich heben, um uns warm zu machen?“

Alle begannen zu lachen.

„Bleibst lassen wir's doch bis morgen früh — aber wenigstens, bis wir Kaffee getrunken haben!“ lachte Reskitalo. In das Lachen stimmten auch die anderen und begaben sich, erleichterten Herzens, lebhaft redend hinein.

Die Dämmerung blühte noch die Lande ein, doch auf dem Ader des Gutshofs hörte man schon menschliche Stimmen und das Klirren der eisernen Focher.

Dort schlug Lutela mit den Burschen die tavaastländischen Pfeife in den savolaxischen Erdboden, denn im Herbst waren nur einige Beete umgelegt worden.

„Es ist ein Göttesglück, daß es so steht,“ dachte Lutela, „daß man gleich an den Boden herankommt.“

Er selbst lenkte den einen Pflug, vor den die tavaastländischen Pferde gespannt waren, und die Füge hingen in einem langen Bogen um seinen Raden. Hinter dem anderen stand Bihitori.

Es war ein feierlicher Augenblick, als hinter beiden Pflügen zu gleicher Zeit das „hott!“ ertönte, und sie beide die erste Furche zu ziehen begannen.

(Fortsetzung folgt.)

Als sie dann den Luft brennen lernte, sträubte sie sich Anfangs, ein Verhältnis mit ihm einzugehen, gab aber schließlich seiner glühenden Liebe nach. Sie zogen zusammen und teilten nun Zeit und Tisch. Sie gebar ihm einen Sohn, kam auch ein zweites Mal in andere Umstände, gab jedoch die Beziehungen zur Kaeling nicht auf. Just, ein aus Lodz gebürtiger Ansofphaber, ebenso stupide wie fanatisch in seiner Liebe und Treue, ein vorzüglicher Arbeiter, mußte das Geld für den Haushalt und für die Anforderungen der Frau Kaeling aufbringen. Von den Beziehungen der beiden Frauen zueinander mußte er nichts. Als aber die Staverod auf Veranlassung der Kaeling in das Haus zog, wo letztere die Bornierfelle innehatte, war es um das Glück der beiden Angeklagten endgültig geschehen. Dem Just, der an und für sich eifersüchtig war, ging allmählich ein Licht darüber auf, daß die Behauptungen seiner Frau, sie wäre anders als die anderen, doch wahr seien. Er begann auf die Frauen zu schauen, regte sich darüber auf, daß Frau Kaeling den ganzen Tag bei Frau Staverod verbrachte, schlug oft auf letztere ein, wenn sie sich ihm verweigerte, begann schließlich zu trinken und auch des Nachts fortzubleiben. Aber auch das Verhältnis der Frauen hatte aus zwei Gründen einen Riß bekommen. Einmal hatte sich die Frau Kaeling häufig gegen das zweijährige Kind der Freundin benommen, das sie zu betreuen hatte, als die Staverod sich in der Augenheilkunde Besiß aufhielt, und zweitens hatte sie über ihre uneheliche Vergangenheit den Schleier gelüftet. Die Kaeling war der Angeklagten zur Last geworden. Sie beschloß, fortzuziehen. Die Kaeling erklärte mitziehen zu wollen. Da will die Staverod vollends den Kopf verloren haben. Sie äußerte nun in einem Wort dem Just gegenüber: „Befreie mich von diesem Weib!“ Just behauptet, sie habe ihn aufgefordert, die Kaeling zu töten, einmal sogar zu diesem Zweck das Beil zurechtgefegt, und ein andermal einen Mordversuch mit Aspirin an der Frau begangen zu haben. Als dann Just mit Wissen der Angeklagten aus den Sachen der Kaeling, die unterdes auf deren Wunsch in die Wohnung der Staverod getragen waren, Wäsche entnommen hatte, und es deswegen zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien kam, geschah die Tat. Just war betrunken nach Hause gekommen und, was er im nächsten Zustande zu vollbringen sich weigerte, beging er nun unter dem Einfluß des Alkohols. Er erschlug die Kaeling mit dem Beil. Dr. Magnus Hirschfeld äußerte sich über die Bistrualität der Angeklagten, unterstrich die Häufigkeit, mit der homophile Frauen das Ehehindernis zerstören. Dr. Thielsch sprach, gleich Dr. Magnus Hirschfeld, von der verminderten Zurechnungsfähigkeit der Angeklagten und von ihrem durch die hohe Schwangerschaft gesteigerten Affektleben und von Justs geistigem Schwachsinn.

Das Gericht erkannte, daß die Tat das Ergebnis eines seit langem geplanten Verbrechens war, das nun im trunkenen Zustande, ohne Überlegung, durch Just vollführt worden ist. Da für ihn nur Todesstrafe in Frage kam, könne die Staverod auch nur der Anstiftung zum Totschlag schuldig erkannt werden. Just wurde zu sechs Jahren Zuchthaus und die Staverod unter Einrechnung der bereits erkannten Strafe von vier Jahren Zuchthaus im ganzen zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt. Beiden wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren aberkannt.

Der Deckeneinsturz im Mofse-Haus. Beginn der Zeugenvernehmung.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung sagte u. a. der Angeklagte Bomp, der die Stützen in dem später eingeführten Bauwerk am 19. Januar ausgeschalt hat, aus, daß er damals keinerlei Bedenken gehabt habe; denn als er in der üblichen Weise mit dem Hammer anschlug, zeigte sich keine Belastung. Anders war es aber, als er am 24. Januar früh weitere Stützen auf Drängen von Buchholz, der mit den Fußbodenarbeiten vorwärtskommen wollte, entfernen sollte.

Bei der Prüfung der Stützen mit dem Hammer habe sich beim Anschlag des Metalls ein tiefes Brummen gezeigt, aus dem zu folgern war, daß eine sehr starke Belastung vorhanden war. Er, der Angeklagte, habe sich daher auf das Dach begeben und gesehen, daß auf der 8. Decke außerordentlich viel Kies lagerte, der ihm bis zur Brust ging. Er habe die Höhe teilweise bis zu 80 Zentimeter geschätzt. Daraufhin habe er die größten Bedenken gehabt und bei sich gedacht, daß es ein Wunder sei, daß die Decke noch nicht eingestürzt sei. Nachdem er in den 7. Stock zurückgekommen war, habe er zu seinem Kollegen Kroll gesagt, die Verantwortung könne er nicht auf sich nehmen, er müsse erst Handschick fragen. Im Kroll die Belastung zu zeigen, habe er noch einmal gegen die Stützen geschlagen. Der tiefe brumrende Ton habe sich wiederholt, und auch Kroll habe erkannt, daß die Decke außerordentlich belastet sei. Plötzlich habe es einen Krach gegeben. Zur Decke aufblickend, habe der Angeklagte einen Riß gesehen und in demselben Augenblick sei das Unglück geschehen. Er habe sich noch retten können, indem er auf ein noch eingeschaltetes Stück zurücksprang. — Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß er nach den Vorschriften Rücksicht hätte stehen lassen müssen. Der Angeklagte beruft sich demgegenüber darauf, daß Baumeister Lazarus die Ausschaltung verlangt habe. Für den Umstand, daß eine Stütze ohne Riß gewesen sei, kann der Angeklagte keine genaue Erklärung geben. Als letzter Angeklagter wurde der Baumeister Otto Lazarus verantwortlich vernommen. Er äußerte sich dahin, daß er Angeführter der Firma Rudolph Mofse und Leiter der Bauabteilung dieser Firma sei. Als Bevollmächtigter der Firma habe er auf Befehlweisung des Baues Drängen müssen. Es sei richtig, daß er angeordnet habe, daß der Riß auf die Dachterrasse hinaufgeschafft wurde. Für diese Anordnung sei er verantwortlich. Er habe es mit gutem Gewissen anordnen können, denn niemand konnte ahnen, daß aus dieser Anordnung ein so schreckliches Unglück entstehen würde. Er sei überzeugt, daß, wenn er mit Jacobowitz und Buchholz sich besprochen hätte, diese auch nichts anderes geäußert hätten. Er habe sich sagen müssen, daß die Decke gefährdet genug sei. — Ein Sachverständiger hielt ihm vor, daß er aus der statischen Berechnung wissen mußte, daß die Reybeldecke nur 200 Kilogramm Ruhschicht pro Quadratmeter tragen konnte. Dann hätte er aber in Rechnung stellen müssen, daß durch die Ueberbelastung des Estrichs für die Dachterrasse bereits eine Ueberbelastung erfolgt war, so daß davon Abhand genommen werden mußte, den Riß auch nach hinaufzuschaffen. — Angekl.: Das Aufbringen der Betonschicht bedeutete nur eine Verstärkung der Decke, so daß die Belastung unbedenklich erfolgen konnte, da die Verstärkung die Decke stützte. Der Sachverständige hielt ihm entgegen, daß er doch wissen mußte, daß das geschehen worden war, da er es veranlaßt hatte. Dies bestritt der Angeklagte. — Ein anderer Sachverständiger richtete aus subjektivem Interesse an den Angeklagten folgende Frage: Herr Regierungsbaurat Lazarus, haben Sie damals über die Frage, wie hoch die Decke belastet werden könne, überhaupt nachgedacht? — Angekl.: Nein. — Es wird dann die Zeugenvernehmung begonnen, die sich zunächst auf die Arbeiter erstreckt, die den Riß hinaufgeschafft haben.

Der Mann mit dem Loch in der Tasche. Geschäfte, aus denen nichts wurde.

Der Flugplatz Johannisthal ist teilweise abgesperrt und das Betreten nur gegen eine von bestimmten Personen ausgestellte Karte erlaubt. Ein Arbeiter Müller, der auf dem Flugplatz arbeitete, machte sich dies zunutze. Bald hier, bald da ließ er die Bemerkung fallen, daß er mit dem Verkauf des auf dem Flugplatz lagernden Altimetalls beauftragt sei.

Bald fanden sich auch Interessenten, denen er sich als „Obermeister“ ausgab und die mit ihm verhandelten. Müller nahm die Leute dann mit zum Flugplatz, erklärte ihnen, daß hier niemand ohne besondere Erlaubnis hinein dürfe, und ließ sie warten. Er ging erst zu dem Prokuristen, um diesem Befehl zu sagen. Bald kam er dann mit einem Zettel wieder, auf dem der Käufer bescheinigen mußte, daß er ein bestimmtes Gewicht von einer bestimmten Sorte Altimetall zu einem festen Preise kaufen wolle. Dafür, daß er es auch erhalte, zeichnete der „Obermeister“ gegen. Außerdem sollte noch der Prokurist unterschreiben, und darum müsse er noch einmal zurückgehen. Diesmal blieb Müller nicht so lange weg wie das erstemal, sondern er kam bald wieder und sagte, daß er den Prokuristen nicht mehr getroffen habe, da dieser soeben nach Berlin zu einer wichtigen Besprechung gefahren wäre. Er habe aber schon mit dem Prokuristen gesprochen und dessen Zustimmung erhalten. Um ganz sicher zu gehen, müsse der Käufer schon etwas an Zahlen oder besser noch den ganzen Betrag übergeben, dann wäre er der Besitzer und könne das Metall nach Belieben abholen. Die Interessenten wollten sich das vorteilhafte Geschäft nicht entgehen lassen und zahlten meistens den ganzen Betrag. In der Freude über das gute Geschäft gingen die Käufer mit dem „Obermeister“ in mehrere Lokale. Plötzlich fühlte Müller alle Taschen ab und erklärte, er habe das Geld verloren, da seine Tasche „ein Loch“ habe. Aus dem Geschäft könne jetzt nichts werden. Die so Genesenen gingen zur Kriminalpolizei, und es dauerte nicht allzu lange, dann lag Müller hinter Schloß und Riegel. Vom Untersuchungsrichter wurde er einstweilen entlassen. Die kostbare Zeit konnte Müller nicht ungenutzt verstreichen lassen. Von seinen früheren Schwindelarbeiten her hatte er noch Fühlung mit Metallhändlern, und so fand er bald jemand, dem er einen „Waggon Rotguth“ verkaufen konnte. Er führte den Käufer auf den Nordbahnhof, zeigte ihm hier einen vorchristlich verpackten und plombierten Waggon, der Rotguth enthalten sollte. Im Auftrag seiner Firma sollte er diesen verkaufen. Man einigte sich über den Preis, der Käufer zahlte die verlangten 1500 Mark, und am nächsten Morgen wollten sich beide hier wieder treffen, er mit der Bescheinigung und Unterschrift seines Vorgesetzten, des „Prokuristen Born“, und der Käufer mit Pferd und Wagen, um abzufahren. Aber Müller erschien nicht am nächsten Morgen, und der Prokurist Born war bei der Firma, der der Waggon gehören sollte, völlig unbekannt. Als der Geschädigte den Verkäufer bei der Kriminalpolizei beschrieb, erkannte man sofort Müller wieder. Bei seiner Verhaftung erklärte er, daß aus dem Geschäft ganz bestimmt etwas geworden wäre, wenn er das Geld nicht wieder in die Tasche mit dem Loch gesteckt hätte.

„Vertrauensärzte“.

Ein junger Mann suchte Familien auf, die für eine junge Tochter leichte Arbeit suchten und erklärte, daß er von einer angesehenen Firma, die das Inserat gelesen hätte, beauftragt sei, die Mädchen „auf ihren Gesundheitszustand zu untersuchen“. In der Hoffnung, für ihre Kinder die Stellung zu bekommen, ließen die Mütter das Geschehen, und erst später erfuhr sie, daß sie es mit einem Lüftling zu tun hatten. Dieser wurde jetzt in einem 23 Jahre alten Kaufmann Edgar Olafsson, der früher Aushilfschreiber beim Magistrat war und einige medizinische Bücher gelesen hat, ermittelt und festgenommen. Mit einem anderen Trick arbeitet ein anderer Schwindler, dessen Persönlichkeit noch nicht feststeht. Er wendet sich an Frauen, von denen er annimmt, daß sie wohl eine Unterstüßung gebrauchen könnten und spiegelt ihnen vor, daß er „Arzt der Armenverwaltung“ am Rühlendamm sei. Auf die Frage, wer denn die Armenverwaltung auf sie aufmerksam gemacht habe, gibt er den Frauen keine bestimmte Antwort, sondern deutet nur etwas geheimnisvoll an, die Anregung gehe sicher von wohlwollender Seite aus. Der Gauner begnügt sich aber nicht damit, die Frauen zu „untersuchen“, sondern bestiehlt sie auch noch. Er schickt sie nach der Küche, um Wasser zu holen, damit er sich die Hände waschen könne, steht dann rasch irgendeine Wertsache, ein Schmuckstück und mit Vorbebe eine Uhr ein und verschwindet, nachdem er verifiziert hat, daß die Armenverwaltung auf seinen Bericht Bescheid erteilen werde. Obgleich er durchaus nicht den Eindruck eines Arztes macht, sind ihm schon viele Frauen ins Garn gegangen. Der Gauner ist etwa 42 bis 43 Jahre alt und etwa 1,66 bis 1,70 Meter groß, hat schwarzes, dichtes Haar. Er trägt in der Regel eine blaue Weste, einen feidgrauen Paletot, einen feidgrauen Anzug und schwarze Militärstiefel. Mitteilungen, die gesendet sind, auch ihn unerschütterlich zu machen, nimmt Kriminalkommissar Strewe im Polizeipräsidium entgegen.

Wirtshausschlägereien. Nachts wurde das 191. Polizeirevier nach dem Lokal von Brand, Schützen-Ecke Birkbuschstraße gerufen, wo eine Schlägerei im Gange war. Als die Beamten eintrafen, fanden sie den 41 Jahre alten Lokomotivführer Oskar Benz aus der Schützenstr. 20 an Kopf und Händen stark blutend vor. Infolge Streiftätigkeiten hatte Brand den Benz mit einem Gummifüßel niedergeschlagen. Der Verletzte mußte ins Krankenhaus Am Friedhofshain geschafft werden. — In einem Lokal der Wilhelmshäuser Straße kam es zu einer Schlägerei zwischen mehreren

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 9. Mai.
Tageseinstellung Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbörsen. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.
4.30—6 Uhr: Berliner Funkkapelle (Unterhaltungsmusik). 7 Uhr: Von den angenehmen Dingen des Lebens“ (Plauderei am Teetisch). 7.30 Uhr: Vortrag des Hrn. Studienrats Kugler: „Die Mark Brandenburg in der Dichtung“. 8.30 Uhr: IX. Sonderveranstaltung der Funk-Stunde A.-G. Wagner-Abend. Kammerorgan Professor Karl Glöwing. 1. Feierlicher Zug zum Münster, aus „Lohengrin“ (Fritz Wenneis auf dem Schiedmayer-Meisterharmonium). 2. Arie der Elisabeth, aus „Tannhäuser“ (Dorothea Mauski). 3. a) Am stillen Herd, aus „Meistersinger von Nürnberg“, b) Gralsersählung aus „Lohengrin“ (Kammersänger Professor Karl Glöwing). 4. Chor des Friedensboten, aus „Rienzi“ (Fritz Wenneis auf dem Schiedmayer-Meisterharmonium). 5. Elias Traum, aus „Lohengrin“ (Dorothea Mauski). 6. a. Siegmunds Liebeslied, aus „Die Walküre“, b) Schmiedelieder, aus „Siegfried“ (Kammersänger Prof. Karl Glöwing). Am Steinway-Flügel: Kapellmeister Otto Urack.

Gitarren, die auf der Straße ihre Fortsetzung fand. In der Ecke der Bogenhäger Straße wurde der 33 Jahre alte Arbeiter Bruno Wazant aus der Siemensstr. 3 zu Boden geworfen. Er stürzte dabei so unglücklich, daß er einen Unterschenkelbruch davontrug. Als Täter ist der 37jährige Konditor Max S. von Zeugen der Schlägerei bezeichnet worden. Der schwerverletzte Wazant fand im Roabiter Krankenhaus Aufnahme.

Ein neues Altersheim in Neukölln.

Ein jahrelanger Wunsch des Neuköllner Bezirksamts ist endlich verwirklicht worden. Gestern konnte das neue Heim in der Rosenstraße 2 unter starker Beteiligung aller maßgebenden Vertretungen, für Oberbürgermeister Böhm war Stadtrat Benede erschienen, mit einer schlichten Feier eröffnet werden. Der Dezernent, Stadtrat Gerolf Schneider, zeigte in seiner Eröffnungsrede die vielen Schwierigkeiten, die sich aufstürzten, um nur ein Gebäude für diesen Zweck zu bekommen. Es gelang schließlich dadurch, daß der Besitzer der früheren privaten Herberge zur Heimat aus Gesundheitsrückblicken das Grundstück an das Bezirksamt verkaufte. In der Zeit der größten Inflation wurde es erworben, aber leider konnten die Instandhaltungsarbeiten nicht sofort beginnen. Wie nötig ein solches Heim gerade für die Arbeiterstadt Neukölln ist, hat sich oft genug gezeigt. Hatte Neukölln bisher doch nur ein Altersheim mit 13 Betten. Eine winzige Zahl. Die Frage der Altersheime wird in den nächsten Jahren angesichts der großen Wohnungsnot überhaupt eine große Rolle spielen. Es gibt leider noch allzu viele alte Leute, die in der Irrenanstalt der Arbeit ihre Kräfte verbraucht haben und dann in ihren letzten Tagen einsam und verlassen dahinstreifen und sterben. Das neue Heim soll nicht Anstalt, sondern Stätte der Ruhe und Erholung sein. Daher ist auch die ganze Aufmachung mehr auf das Häusliche eingestellt. Im Namen des Berliner Magistrats überbrachte Stadtrat Benede dem neuen Heim Glückwünsche. Zur Verschönerung der Feier trugen drei Damen des Berliner Opernchors mit einigen stimmungsvollen Liedern bei. Ein Kundgang ließ erkennen, mit wie großer Liebe hier gearbeitet worden ist. Im Parterre sind zwei Tages- und Besprechungsräume, die alle 70 Insassen aufnehmen können; der größere Raum für Richter, der kleinere für Raucher und Stadtklubmitglieder. Die Ausstattung der Räume ist aus Nachlässen Verstorbener zusammengestellt. In jedem Stockwerk ist eine Kochküche, wo die Allen, obwohl sie ganz verpflegt werden, sich gelegentlich etwas Besonderes zubereiten können. Jeder Insasse ist berechtigt, seine eigenen Möbel mitzubringen. Die einzelnen Zimmer bieten Raum für zwei bis höchstens sechs Personen. Ein Arzt kommt wöchentlich zweimal, so daß auch in gesundheitlicher Beziehung vorgeforgt ist. Das Bezirksamt trägt sich auch mit dem Gedanken, für die Allen einen Radio-Vorleser aufzustellen. Leider sind aber die Mittel dafür noch nicht vorhanden, so daß vielleicht private Willkürigkeiten hier nachgeholfen könnten. Das Heim soll nicht sofort voll besetzt werden, sondern es soll soviel Platz freigehalten werden, daß stets dringende Fälle sofort berücksichtigt werden können. Bei einem Tageslohn von 1,80 M. für Bettwärter, die auch aufgenommen werden, wird es manchem alten alleinstehenden Rentner angenehm sein, in Ruhe, Frieden und guter Gesellschaft die letzten Tage seines Lebens zu verbringen.

Ein Raubakt. Als der Stadtkretar Josef Wende in Begleitung seiner Untermieterin Frau Weiser gestern nachmittag die Tür seiner Wohnung aufschließen wollte, wurde er von dem Schneidemeister Severa auf der Treppe angehalten. Severa gab aus einem Revolver zwei Schüsse ab, die Stadtkretar Wende am Oberarm und Frau Wende an der linken Hand verletzten. Der Täter stellte sich darauf selbst der Polizei. Die Tat ist ein Raubakt, da Severa annahm, daß Wende in einer Wohnungsangelegenheit einen gegen ihn ungünstigen Bescheid erwirkt hätte.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Am Sonntag, den 11. und Montag, den 12. April, sind noch einige Karten für das Deutsche Oberhaus (Ausschusssitzungen) im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof II, Zimmer 8, zu haben.

Besthoven-Fest im Saalbau Friedrichshain. Anlässlich der vor 100 Jahren erfolgten Urkaufnahme der IX. Simonie von Besthoven veranstaltete das Volkshausamt Vorkläger Berg am Sonntag, 10. Mai, abends 8 Uhr, im Saalbau Friedrichshain, Am Friedrichshain 16/23, einen Besthoven-Kabarett. Neben der IX. Simonie gelangt noch die Leonoren-Duvertüre Nr. 3 zur Ausführung. Mitwirkende: Berliner Simonie (Mädchen) Orchester und der Berliner Volkshaus-Vorstand Dr. Jander. Solisten: Minna Ebel-Wilde, Paula Weinbaum, Henschel Appel von der Großen Volkshaus- und Kammerlanger Professor v. Raab-Brodmann. Eintrittskarten zu 1,20 M. an der Abendkasse.

Arbeiter-Radioklub. Freitag, den 9. Mai 1934. Öffentliche Versammlung in der Aula der Walter-Rathenau-Schule, Neukölln, Boddinstr. 38/41, abends 7 Uhr. Vortrag: 1. Die kulturelle Bedeutung der Radiotechnik. 2. Wie laut ich mir billig einen Radiopapar!

Schweres Autounfall bei Kiel. Das von Kiel kommende Automobil eines Gastwirts erlitt in der Nähe von Gattorf einen Reifenschaden und überschlug sich. Von den Insassen wurden zwei tödlich, einer schwer und drei leicht verletzt.

Auf dem Fluge Lissabon—Macao abgestürzt. Das von den Hauptleuten Paes und Beires gesteuerte Flugzeug, das den Flug Lissabon—Macao versuchte, ist 300 Kilometer von Delhi entfernt abgestürzt. Die Flieger wurden nur leicht verletzt.

Bombenanschlag auf das Regierungsgebäude in Guadeloupe. In der Nacht vom 7. zum 8. Mai explodierte im Regierungsggebäude von Guadeloupe eine Bombe. Die Explosion richtete aber nur Materialschaden an.

Sport.

Rennen zu Karlshorst am Donnerstag, den 8. Mai.
1. Rennen. 1. Algebra (G. Großfeld), 2. Blantopaz (R. Dertel), 3. Genz (B. Stett). Toto: 45 : 10. Platz: 13, 11, 28 : 10. Ferner liefen: Seligrol (ausgebr.), Rothart (ausgebr.), Wille (ausgebr.), Spitzfelder (ausgebr.), Galtipol II (ausgebr.), Felicia (ausgebr.).
2. Rennen. 1. Wind (Dr. Schütz), 2. Caesar II (v. Falkenhahn), 3. Gellharde (v. Barke). Toto: 40 : 10. 3. Rennen.
3. Rennen. 1. Lubrdner (Kulstus), 2. Egghorn (R. Dertel), 3. Veritas (Bretzlag). Toto: 35 : 10. Platz: 13, 13 : 10. Ferner lief: Anuplam.
4. Rennen. 1. Eichwald (Rafe), 2. Ritter Vianbari (R. Adler), 3. Spreckald (Kulstus). Toto: 35 : 10. Platz: 18, 22, 21 : 10. Ferner liefen: Remling, Alfenstein, Granit, Eichen, Dersog (gef.), Schmitt II (gef.), Dro.
5. Rennen. 1. Nachhaber (v. Falkenhahn), 2. Altmärker (v. Barke), 3. Benemer (Dr. Hanke). Toto: 35 : 10. Platz: 15, 17, 20 : 10. Ferner liefen: Wilmia, Halli (gef.), Eganika, Wetterheide.
6. Rennen. 1. Gigeri (Stg), 2. Heberg (R. Adler), 3. Rubel (B. Stett). Toto: 67 : 10. Platz: 20, 13 : 10. Ferner liefen: Marone, Rastina.
7. Rennen. 1. Sternschuppe (D. Schmidt), 1. Thestril (R. Bertold), 3. Laon (R. Schmidt). Toto: 24 : 10. Platz: 16 : 10. Platz: 17 : 10. Platz: 14, 20 : 10. Ferner liefen: Rädchensjäger, Sapienta, Chariteule II, Ariente (gef.), Uchlope, Gritinos, Hjat, Balant, Kadh Gern. Totales Rennen

MAGGI'S Würze

in großen Originalflaschen zu GM. 5.—

besonders vorteilhaft. Man füllt daraus das kleine Maggi-Fläschchen selbst nach und hat außer Geldersparnis noch die

Garantie der Echtheit

Achtung auf unversehrten Plombenverschluss

Man verlange ausdrücklich **MAGGI'S Würze**



Jugendveranstaltungen.

Deutscher-Rosentanz heute abends 7 Uhr im Jugendheim, Lindenstr. 3. Wie
 Odenberg müssen anwesend sein.
Beginn der Arbeitsgemeinschaft heute abends 7 Uhr im Besesszimmer des
 Jugendheims, Lindenstr. 3. Einige Teilnehmer können noch aufgenommen
 werden.
Abendung, Abteilungsleiter: Die Beiratsarbeiten für Mai müssen ab-
 gehalten werden; ferner auch die „Arbeiter-Jugend“, „Jugend voran“ vom Mai
 und „Rühler“ und „Internationale“ vom April.

Heute, Freitag, den 9. Mai, abends 7 1/2 Uhr:

Verhöls: Robal von Wolf, Hauptstraße. Diskussions: „Die proletarischen
 Jugendbewegungen, 23. und 24.“ — **Brig:** Chausseest. 48. Vortrag: „GKJ-
 und soziale Frage“, 3. Zeit. — **Charakterbau:** Jugendheim, Rosenstr. 4.
 Mitglieder-Versammlung. — **Wacht II:** Schule Waldenstr. 21. Vortrag:
 „Jugendmännern.“ — **Wacht II:** Gemeindehalle am Stephanaplatz, Diskussions:
 „Röhren und Burschen in der 23.“ — **Wacht II:** Jugendheim, Rosenstr. 4.
 Mitglieder-Versammlung. — **Richterhäuser:** Gemeindehalle, Rosenstr. 4.
 Mitglieder-Versammlung. — **Wacht II:** Schule Georgenkirchstr. 2.
 Vortrag: „Wachern.“ — **Wacht II:** Schule Dausiger Str. 20. Vortrag: „Ent-

Komitee des Volksbundes und -Arbeiter. — **Wacht II:** Schule Dausiger Str. 20. Vortrag: „Ent-
 wicklung der Arbeiterbewegung.“ — **Wacht II:** Schule Dausiger Str. 20. Vortrag: „Ent-
 wicklung der Arbeiterbewegung.“ — **Wacht II:** Schule Dausiger Str. 20. Vortrag: „Ent-
 wicklung der Arbeiterbewegung.“ — **Wacht II:** Schule Dausiger Str. 20. Vortrag: „Ent-
 wicklung der Arbeiterbewegung.“

Wetterbericht: Voraussicht überwiegend bewölkt mit etwas Regen, späte
 teilweise aufklarend, aber veränderlich und kühl.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
 Opernhaus
 12 U: Mittagskonz.
 8 Uhr: Stantoni-
 Konzert
 Opernhaus
 am Königplatz
 7 1/2 U: Der Waffen-
 schmid
 Schauspielhaus
 1 1/2 U: Viel Lärm
 um nichts
 Schiller-Theater
 7 1/2 U: Wilhelm Tell
 Deutsch-Theater
 8 Uhr:
 Paracelsus
 Hierauf. Er ist an
 allem schuld
 Kammerstücke
 7 1/2 Uhr:
 Komödie der Worte
Gr. Schauspielhaus
 7 1/2 Uhr:
Gasparone
 Theater i. d.
 Königgrätzer Str.
 Täglich 8 Uhr:
 So ist es —
 ist es so?
Berliner Theater
 Täglich 7.30:
 Das Weib
 Theater am
Kollendorfplatz
 Fritz Masaryk
 7.30 U: Die Perlen
 der Cleopatra
Franco-Theater
 8 U: Zapfenstreich
 S. Alexander, L. Felsch
 H. Müller, R. v. Dreyer
Residenz-Th.
 8 U: Lebe, Emil Lind
 Täglich 8 Uhr:
Hinkemann
 von Ernst Toller,
 Ernst L. Wagner, H. Müller
 8 U: Kleines Th.
 Carola Toelle,
 Erich Kaiser-Titz in
 Eine galante Nacht
Rose-Theater
 7 1/2 Uhr:
Familie Raffke

LUNAPARK

Eröffnung: Sonnabend, den 10. Mai
 nachmittags 5 Uhr
Eintritt 75 Pfennig
MILITÄR-KONZERT
 Dirigent: Obermusikmeister Ahlers
 Die Weltsensation:
Schindler, Akrobat am Flugzeug
 Großes Brillant-Feuerwerk



Erweiterte Zahlungsbedingungen
Berlin-Steidung
 100% Barzahlung
Julius Sablon
 Große Brandenburger
 Straße 87
 am U. S. Gänge

Zielka
 Friedrichstr. 60
 Ecke Leipziger Str.
 Varieté / Kabarett
 Täglich 4 1/2 u. 7 1/2
 Ermäßigte
 Eintrittspreise!
 Demnächst
Hagenlocher
 Billard-Turniere

SOVA
 8 Uhr:
**Ausland-
 Sensationen**
 und
Dempsey-Firpo
 Sonntag 8.30 zu
 halb Preisen das
 volle Programm

Große Volksoper
 im Theater
 des Westens
 7 1/2 Uhr: **Die lust. Weiber**

Luisen Theater
 Reichenberger Str. 34
 Täglich 7 1/2 Uhr:
 Das vollstän-
 dige neue **Maiprogramm**
 der bekannten u. beliebten Sänger
 Horst, Russell, Gr. Bing, Bieß,
 Schubert, Bobby Walden, Kröb,
 Panther, Eddi Kirchner, Schröder
 Sonntag nachm. 3 Uhr das voll-
 ständ. Abendprogramm z. halb. Pr.

Komische Oper
 7 1/2 U: Direktion: James Klein 7 1/2
 Heute sowie täglich
Der große Erfolg!
Die Prinzessin
 Operette in 3 Akten von Walter Kollo

Theater a. Kotth. Tor
 Körbuser Straße
 10.8 Uhr u. Sonntag
 nachm. 3 Uhr:
**Elite-
 Sänger**
 In neuer
 Besetzung
 Dana Gushkiel:
 Justus Sternard, Vikram Saha

Reichshallen-Theater
 Täglich 8 Uhr:
**Stettiner
 Sänger**
 Deutschland erwache!
 Zum Schluss: Ein
 Musikantentraum
Dönhoff-Brettel
 Anf. 7 1/2, Sonntag 8 U
 Gr. Varieté-Prögr.

Wintergarten
Gas-spiel
Karsavina
 wird der große
 Varieté-Spielplan
 bald eröffnet!

Stellenangebote
 finden im Vorwärts
 Beste Beachtung!

Beste Spez-Fabrik
Bettwäsche
 Vom 5.-10. 5. 1924
Große Ausstattungs-Woche
 mit bedeutenden Preisermäßigungen.
 Wir führen nur Qualitätswaren!
Bettbezüge a. pa. **7 95** Hemdentuch gute **1 10**
 Linnon, 120x200, nur kräft. Ware, 80 cm breit
Bettbezüge aus **6 75** Linnon pa. Qualität, f. **1 80**
 gutem Hemdentuch, 120 cm br. **Bettbezug**, 120 cm br.
Kissenbezüge **2 25** Handtücher **95 Pf.**
 dazu passend, 80x50 grau gestreift, pr.
Bettlaken a. kräft. **4 65** Stubenhandtuch, **1 25**
 Wäscher, 120x210 pr. v. Gerstenk. 45x100
Damenhemd **1 75** **Prima Inlett**
 u. Stöckergarzier. federleicht und farb- **2 45**
Balgarnit. alog. Verarbeitung (Hemd u. Halskleid) **9 00** **4 10**
 120 cm breit.
Frotteiwäsche und Bademantel
 Damast und Dimittie, fertig und vom Meter in besten
 Qualitäten. Kaffeedecken und Gedecke in herr-
 lichen Ausführungen. Tafelgedecke in Halb-
 und Reinsinen für 6 bis 24 Personen. **Rosenauswahl!**
 Fachmännische, zuvorkommende Bedienung!
 Für Hotels, Anstalten usw. Engrabenleitung im Hauptgeschäft

Stumpe Jäger
 Hauptgeschäft: Körbuser Damm 73.
 Filiale: Landsberger Str. 55, Dresdener Str. 55
 (3 Min. v. Alexanderpl.) (Nähe Prinsessstr.)
 Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 37
 (3 Min. von der Bismarckstraße)

Möbelsuchende
 Solide Möbelfirma liefert Schlaf-, Speisezimmer,
 Küchen, Eichenmöbel gegen bequeme Teilzahlungen.
 Anzahlung nach Vereinbarung.
 Offerten erbeten Postlagerkarte 219. Postamt O 27.
 Gröbste Anlage. Streng diskret.

FREHO
 TYPEN-FLACHDRUCKER
DIE ZEITGEMÄSSE WERBEMASCHINE
 MIT UNBEGRENZTEN AUSNUTZUNGSMÖGLICHKEITEN
 QUALITÄTSARBEIT 30 JÄHRIGE ERFAHRUNG LEICHTE BEDIENUNG
 KOHM-GEIS. HOFFMANN & CO. • BERLIN W35
 POTSDAMER STR. 45a • FERNROD. LÜTZOW 6836

Möbelfabrik
Rob. Seelisch
 Berlin O. 112, Rigaer Str. 71/73a
 Bahnhofsstation: Frankfurter Allee
 Telefon: Amt Alexander Nr. 4161
Günst. Angebot in kompl. Wohnungseinrichtungen:
 1 kompl. eich. Schlafzimmer } **600.-** 1 kompl. Schlafzimmer } **1100.-**
 1 Anrichteküche } 1 Speisezimmer } **1100.-**
 1 Anrichteküche } 1 Anrichteküche } **1600.-**
 1 kompl. Schlafzimmer, 1 kompl. Speisezimmer } **1600.-**
 1 Herrenzimmer und 1 Anrichteküche } **1600.-**
 Besuch lohnend! ◀ Geschäftszeit 8-7 Uhr. ▶ Besuch lohnend!

Versuchen Sie einmal
 über Hofen bei mir zu kaufen, und
 Sie werden sich nicht scheuen, da ich
 nur besserer Qualitäten führe.
Breemes-Hofen von **8.50** an
Streifen-Hofen von **8.00** an
Kammgarn-Hofen von **12.75** an
Feinen-Joppen für Herren u. Knaben
 Vorzüglicher Wert u. Infinitas erhält beim
 Einkauf **1 Mark Robatt.**
 Maßhafter, mit Garantie f. tabell. Stig.
J. Bukofzer, Schneider-
 weiler,
 NO. 15, Alene Frankfurt Str. 5

KREDIT
 Kleiner Anzahlung
 Gesamtzins in 4 Etagen
Herren- u. Sport-Anzüge
Knab- u. Kind-Anzüge
Falten-Mäntel
Gummi-Mäntel
Sport- u. gestr. Hosen
Wundervolle Kostüme
Mäntel Kleider
Röcke - Strickwesten
 in besonderen Etagen
Möbel - Einrichtungen
A. DAMITT
 Rosenthaler Str. 46-47

Umsätze
Winkler
 Biele, Brill-
 esser, Blüten ver-
 schwinden sehr schnell, wenn
 man abends den Schaum von Zucker's
 Patent-Medizin-Seife eintröpfeln
 läßt. Schaum erst morgens abwischen
 und mit Zucker-Creme nachstreichen.
 Großartige Wirkung, von Tausenden
 bestätigt. In allen Apotheken, Droge-
 rien, Parfümerie- u. Friseurge-
 schäften.

Allgemeine Verstraukenkaffe
für Berlin-Lichterfelde
 Am Donnerstag, den 15. Mai 1924,
 abends 7 1/2 Uhr, findet im Restaurant Berlin-
 Lichterfelde, Rosenstr. 13, 1. Treppen, eine
 außerordentliche Ausschüttung
 statt mit folgender Zug-ordnung: 1. Ber-
 lingen des letzten Preterfolles, 2. Gähnung-
 änderung, 3. Veränderung der Zug-
 ordnung, 4. Preterfolles. 104/12
 Berlin-Lichterfelde, den 7. Mai 1924.
 Der Vorstand
 Gustav Thack, Buchhändler.

Achtung!!!
 Beim Einkauf von je 20 — M. er-
 hält jeder Käufer bis auf weiteres
100 Zigaretten gratis!
 Einkaufspreis sin nicht erhöht
 und wie bekannt billigst!
Marken-Zigaretten
Zigarren
Kau-, Rauch- u. Schnupftabake
Winkler
 Michaelkirchstr. 24
 Nähe Jannowitz-Br.
 Moritzplatz 15 187
 Verkauf nur an Wiederverkäufer.

Wilkhelm Boerner
 Ritterstr. 15 nach längerem Kranken-
 lager am 7. Lebensjahr verstorben ist.
 Frau Anna Boerner
 Willy Boerner u. Frau nebst Kindern
 Max Micklej u. Frau geb. Boerner
 W. Glienck u. Frau geb. Boerner
 nebst Kindern
 Einbürgerung Sonnabend abds. 6 Uhr
 im Aemterortur Panitzschlempen

Versicherungskasse u. Tischlerinnung
 zu Berlin
Bekanntmachung
 Die vom Ausschuss vom 10. April
 1924 beschlossene Satzungsänderung (u. a.
 Veränderung der Beiträge von 7 1/2 auf
 6 Gros, des Grundlohnes) ist vom Ober-
 versicherungsamt Berlin mit Wirkung ab
 1. Mai 1924 genehmigt worden.
 Wir weisen noch nachdrücklich auf
 die den Beiträgen in Blauform bereits
 überlieferte Bekanntmachung.
 Berlin, den 7. Mai 1924.
 Der Vorstand
 Otto Grossau, Vorsitzender. [104/19
 W. Lindemann, Schriftführer.

MÖBEL
 in gediegener Qualität
 auf
Teilzahlung
 bei kleiner Anzahlung
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
 Küchen / Klubbarnaturen / Einzelmöbel
 Spezial-Abteilung für
TEPPICHE / GARDINEN
 und Dekorationsgegenstände.
 Meine Preise und Bedingungen sind
 so günstig, daß jeder kaufen kann.
BEISER Lothringer
 Straße 67.

HERMANN Tietz BILLIGE Lebensmittel

Verkauf soweit Vorrat

Rotwurst nach Thür. Art	70 Pf.	Camembert ..Schachtel	18 Pf.
Landleberwurst	75 Pf.	Quadratkäse ..Pfund	30 Pf.
Mettwurst grob..Pfund	1 ¹⁰	Romatourkäse Stück	36 Pf.
Jagdwurst ..Pfund	1 ³⁰	Limburger ..Pfund	65 Pf.
Mettwurst n. Braunschw. Art	1 ³⁰	Tilsiter Käse ..Pfund	65 Pf.
ff. Leberwurst ..Pfund	1 ³⁵	Edamer Käse ..Pfund	68 Pf.
Teewurst ..Pfund	1 ⁵⁰	Steinbuscher Käse ..Pfund	1 ¹⁰

Frisches Fleisch

Schweinebauch ohne Beflage	Pfund 85 Pf.
Schweineschinken prima geteilt	Pfund 95 Pf.
Hammelvorderfleisch	Pfund 65 Pf.
Hammeirücken	Pfund 75 Pf.
Kalbskamm	Pfund 70 Pf.
Kalbskeulen	Pfund 85 Pf.
Schweinsköpfe gepökelt	Pfund 34 Pf.
Ochsuppenfleisch gefroren, prima	Pfund 50 Pf.
Ochschmorfleisch gefroren, in m. K.	Pfund 60 Pf.
Prima Ochsenherzen gefroren	Pfund 34 Pf.

Sonnabend

Auszugmehl ..Pfund	18 Pf.
Tafelreis ..Pfund	19 Pf.
Weizengriess ..Pfund	19 Pf.
Linzen ..Pfund	30 Pf.
Kalif. Backobst ..Pfund	68 Pf.
Kalif. Pfirsiche ..Pfund	75 Pf.
Kalif. Aprikosen ..Pfund	1 ⁰⁰

Mengenabgabe vorbehalten

Weisskohl ..Pfund-Dose	45 Pf.
Rotkohl ..3-Pfund-Dose	48 Pf.
Blumenkohl ..Pfund-Dose	95 Pf.
Telt. Rübchen ..Pfund-Dose	95 Pf.
Spinat ..3-Pfund-Dose	1 ²⁵
Kal. Aprikosen ..Dose	2 ³⁰
Kalif. Ananas ..Dose	2 ⁹⁰

Gr. Räucherheringe ..Stück	14 Pf.
Bücklinge ..Pfund	40 Pf.
Kieler Sprotten ..Pfund	45 Pf.

Grosse Salzheringe ..Stück	6 Pf.
Sardinen Portugiesische Dose	40, 48, 65 Pf.
Bratheringe ..8-Liter-Dose	4 ⁷⁵

Bohnen mit Speck amerikan.	Dose 35 Pf.
----------------------------	-------------

Amerik. Würstchen	Dose 35 Pf.
-------------------	-------------

Kaffee-Ersatz-Mischung 10% Bohnen	Pfund 55 Pf.
-----------------------------------	--------------

Ausländ. Speck fett und mager	Pfund 86 Pf.
-------------------------------	--------------

Sülze in Weingelee	ca. 3-Pfund-Dose 78 Pf.
--------------------	-------------------------

1922" Oberh. Mai-kammerer ..Bottle	1 ¹⁰ 10 ⁰⁰	1921" Alst.rweil. ..Bottle	2 ⁴⁰ 22 ⁵⁰	Garant. reines Fruchtsäfte ..Bottle	1 ⁷⁵ 16 ⁰⁰	1922" Dürheimer ..Bottle	1 ¹⁵ 16 ⁰⁰	1922" Pomerol ..Bottle	2 ²⁵ 20 ⁰⁰
Weinbrand-Verdn. ..Bottle	1 ²⁵ 2 ⁴⁰ 22 ⁵⁰	Stück-Weinbrand ..Bottle	3 ⁷⁵ 35 ⁰⁰	Himbeer ..Bottle	1 ⁷⁵ 2 ⁵⁰	Vorzügl. mal-ser ..Bottle	1 ³⁵ 2 ⁵⁰ 22 ⁵⁰	Johannisbeerw. ..Bottle	1 ⁹⁵ 9 ⁰⁰

In unseren Häusern Ausstellung **Die moderne Küche** verbunden mit Dorföhrung wirtschaftlicher Maschinen



Ein Griff, und er sitzt,

Der Ruhnke-Fingerring, fest und richtig, ohne zu drücken, oder zu rutschen. Er Sie Ihren alten Rneiser umständlich mit beiden Händen zum einigermaßen festen Sitz gebracht haben, können Sie bei Benützung des Ruhnke-Fingerringes schon längst das Reueste gefeiert haben. Ist es oft nicht zum Verzweifeln, wenn Ihr Rneiser trotz aller Mühe dennoch immer wieder zu rutschen beginnt oder bei der geringsten Bewegung abfällt, mindestens aber hin und her wackelt. Selten nur wird solch alte Form genau vor den Augenmitten sitzen, dadurch aber nicht sie störend und Beeinträchtigt das Sehen, so daß selbst die besten und passendsten Gläser wie schlechte und unrichtige wirken. Wie angenehm ist es für Sie, wenn Sie einen modernen randlosen Ruhnke-Fingerring bequem mit einer Hand richtig aufsetzen, wie stabil, wie unauffällig und dabei wie wohltuend für Ihre Augen ist das. Der Ruhnke-Fingerring ist ein guter Diener Ihrer Augen, und wir garantieren Ihnen Zufriedenheit mit ihm.



Der heutige billige Preis für den Ruhnke-Fingerring ohne Gläser: aus bestem Nickel Mart 0,75, aus Gold-Double Mart 1,50, Rathenower Bi-Gläser pro Paar nur M. 1,-, Punktort-Menisken nur M. 3,-

Warenkunde im Schaufenster: Wir zeigen in unserer Filiale Leipziger Straße 113 die Herstellung von Rneiser- und Brillen-Fassungen aus Gold und Double in unserer Fabrik in Berlin C 19

Optiker Ruhnke

C Spillemarkt ..Gde. Markt, Alexander-Platz, nahe Bismarck, Königl. 55, gegenüber Rathaus	W Friedrich-Str. 193 a ..Gde. Leipziger Str., Leipziger Str. 113 ..Gde. Wasser-Str., Cinf-Str. 1 ..Gde. Goldammer Str.	SO Drenken-Str. 44 ..Gde. Drenken-Platz	N Friedrich-Str. 106 ..Gde. Bismarck-Str., Invaliden-Str. 164 ..Gde. Wasser-Str., Invaliden-Str. 117 ..am Bismarck-Platz	N Chaussee-Str. 72 ..nahe Wälder-Str., Schönhauser Allee 81 ..am Hof. Nordring	Charlottenburg: Losenstein-Str. 15 ..Gde. Marklager Str., Josephsplatz Str. 2 ..nahe Hof. See	Schöneberg: Geyl-Str. 21 ..Gde. Wälder-Str., Friedenau: Nden-Str. 18 ..Gde. Kirch-Str., Neuföhren: Burg-Str. 4 ..Gde. Wälder-Str.
---	--	---	--	--	---	---

Hallo! - - - Berlin steht verkehrt!

Kein Bluff, sondern Tatsachen!

vom 9. Mai **Gratis erhält jeder 50. Kunde 1 Paar Schuhe nach Wahl** bis 14. Mai

Durch äußerst günstigen Einkauf und Einführung des Geschäfts bieten wir unserer werten Kundschaft eine nie wiederkehrende Gelegenheit, sich ganz besonders billig in gutem und bis in streng modern gehaltenem Schuhwerk einzudecken.

NEU ERÖFFNET! NEU ERÖFFNET!

58a Schuhwarenhof am Moritzplatz 58a

H Herren-Stiefel	echt Rindbox, schwarz, kräftig, mit Kappe	8 ⁷⁵
erren-Stiefel	Fahleder, mit echtem Boden und Vorderkappe	5 ⁷⁵
erren-Stiefel	echt Rindbox, Original-Goodyear-Weit, mit Doppelschle	12 ⁵⁰
erren-Stiefel	echt Box calf, Original-Goodyear-Weit, spitze Form, weiß gedoppelt	15 ⁹⁰
erren-Halbschuhe	halbspitze Form, weiß gedoppelt	9 ⁷⁵
erren-Halbschuhe	ganz spitz, echt Box calf, vorzügliches Fabrikat	12 ⁹⁰

D amen-Niedertreter	in krokodillartigen Leder, 30/42	3 ⁷⁵
amen-Spangenschuhe	mit halbhohem Absatz	5 ²⁵
amen-Schnürschuhe	runde Form, sehr gutes Fabrikat	5 ⁹⁰
amen-Schnürschuhe	ganz spitze Form, mod. Absatz	8 ⁹⁰
amen-Halbschuhe	mit breiter Spange, spitz, flacher Absatz, Schiebesechelle	10 ⁹⁰
amen-Halbschuhe	4a braun	12 ⁵⁰
Prima Lack-Pumps	mit Louis XV. Absatz	11 ⁵⁰
Prima Lack-Pumps	4a, mit bester Spange und in robustem Box calf, Schiebesechelle	12 ⁹⁰
Grau Nubuck	mit dunkelbraunem Box calf-Besatz, Schiebesechelle	18 ⁵⁰

Riesen-Auswahl in schwarzen, braunen Lack-Stiefeln und Halbschuhen, Sandalen und Turnschuhen. Sehr billig!

Jeder Kunde erhält ein Geschenk!

Besichtigung ohne Kaufzwang.

Schuh erhalten 10 Prozent Rabatt.

